



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLANDS OPPOSITION VOR DEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

■ VON DER REDAKTION		
Veränderungen bei den Länder-Analysen		2
■ ANALYSE		
Wie weit können sie gehen?		
Die Systemopposition in Russland sucht ihren Platz		3
Andrei Semenov, Staatliche Universität Perm		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Mandate in den Regionalparlamenten		7
■ ANALYSE		
Wahlkampf im elektoralen Autoritarismus:		
Alexej Nawalnyjs Kampagne für die Präsidentschaftswahlen 2018		9
Jan Matti Dollbaum, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen		
■ RATING		
Die politische Elite im Jahre 2017		13
■ UMFRAGE		
Die Erwartungen an das Jahr 2018		17
■ NACHRUF		
Arsenij Roginskij 30. März 1946 – 18. Dezember 2017		18
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
15. Dezember 2017 – 14. Januar 2018		21

Veränderungen bei den Länder-Analysen

Das neue Jahr bringt einige Veränderungen bei den Länder-Analysen mit sich: Ab dem 1. Januar 2018 werden die Russland-Analysen, Ukraine-Analysen, Belarus-Analysen, Polen-Analysen und Zentralasien-Analysen von einem neu konstituierten Konsortium herausgegeben. Zu diesem Konsortium gehören sechs wissenschaftliche Institutionen:

- Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde;
- Deutsches Polen Institut;
- Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen;
- Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien;
- Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung;
- Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien.

Aufgabe des Konsortiums ist es, die Kooperation zwischen den Länder-Analysen zu koordinieren und zu stärken. Zugleich soll so die Herausgabe der Länder-Analysen institutionell, finanziell und personell auf eine nachhaltige Grundlage gestellt werden.

Die Verantwortung für die Russland-Analysen wechselt an die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Wir bedanken uns beim Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und dessen Redaktionsteam für die hervorragende Arbeit im letzten Jahr.

Unterstützt werden die Russland-Analysen seit Jahresbeginn durch einen wissenschaftlichen Beirat bestehend aus:

- Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
- Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
- Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
- Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Heiko Pleines koordiniert die Russland-Analysen als verantwortlicher Herausgeber. Die Arbeit der hauptamtlichen Redakteurin übernimmt Anastasia Stoll.

Die Russland-Analysen sind zurück aus der Winterpause und das neue Team begrüßt seine Leser und Leserinnen mit neuer Frische.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Alena Göbel, Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hartmut Schröder, Jens Siegert und Anastasia Stoll

Wie weit können sie gehen?

Die Systemopposition in Russland sucht ihren Platz

Andrei Semenov, Staatliche Universität Perm

Zusammenfassung

Die 2018 in Russland anstehenden Präsidentschaftswahlen stellen die Systemopposition – jene Parteien, die in unterschiedlichem Grade vom Regime kooptiert wurden, aber weithin von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind – vor die gewohnte Herausforderung: Soll man nun an dem wohlorganisierten Schauspiel des Kreml lediglich als Statist teilnehmen oder doch versuchen, die Grenzen des Möglichen auszuloten. Letzteres hängt stark davon ab, wieviel Ressourcen den Akteuren der Opposition zur Verfügung stehen. In diesem Beitrag soll skizziert werden, welche diskursiven, institutionellen und finanziellen Ressourcen die Systemopposition (KPRF, LDPR, »Gerechtes Russland« und »Jabloko«) sammeln konnte, und dass nach Stand der Dinge ein breitangelegter Vorstoß dieser Parteien gegen das Regime höchst unwahrscheinlich ist: Ihre Wählerschaft schrumpft, sie verfügen kaum über eine substantielle Kontrolle über die regionalen Exekutiven oder Legislativen und die institutionellen Spielregeln, so dass sie ihre Position verlieren, sobald sie eine reale Bedrohung darstellen. Daher dürfte es für sie bei diesen Wahlen nicht um Expansion, sondern ums Überleben gehen. Allerdings bieten die Möglichkeiten, die sich durch den Wahlgang ergeben, im Zusammenspiel mit der beträchtlichen Anzahl unentschlossener Wähler der Systemopposition eine gute Gelegenheit, ihre Ressourcen auf eine Stärkung ihrer Verhandlungsmacht gegenüber der dominanten Partei zu richten.

Die Präsidentschaftswahlen: Hat eine Teilnahme überhaupt einen Sinn?

Im März 2018 stehen die Wähler in Russland vor einer entscheidenden Wahl, die das Schicksal des Landes für die kommenden sechs Jahre bestimmen könnte. Einige der »Veteranen« unter den Kandidaten haben ihren Wahlkampf früh gestartet: Grigorij Jawlinskij, einer der Gründer von »Jabloko«, kündigte im Februar 2017 seinen vierten Anlauf als Präsidentschaftskandidat an (er hatte bereits 1996 und 2000 kandidiert, 2012 war ihm die Registrierung verweigert worden); im Dezember bestätigte die Partei dann seine Nominierung. Der Anführer der LDPR, Wladimir Schirinowskij, wird zum sechsten Mal teilnehmen, im postsowjetischen Russland ein absoluter Rekord. Es gab wenig Zweifel, dass Wladimir Putin sich in die Riege der Kandidaten einreihen würde, doch hielt er sich lange bedeckt und kündigte erst am 6. Dezember 2017 seine Kandidatur an, vor Arbeitern einer Fabrik in Nischnij Nowgorod. Kurz nach dieser Ankündigung nahm Sergej Mironow, der Anführer von »Gerechtes Russland« und früher selbst Mitbewerber bei Präsidentschaftswahlen, Abstand von einer Kandidatur. Er erklärte seine Unterstützung für den Amtsinhaber, der nun als Unabhängiger kandidiert. Die Kommunisten (KPRF), die in der Staatsduma die zweitgrößte Fraktion stellen, waren hinsichtlich ihrer Strategie zwiespalten: Bis zuletzt wiederholte Parteichef Gennadij Sjuganow, dass er die volle Unterstützung der Parteimitglieder habe. Mit einem abrupten Sinneswandel stellte sich Sjuganow kurz vor dem Parteitag der KPRF hinter den kommunistischen Kandidaten Pawel

Grudinin, Direktor einer Kolchose und ehemaliges Mitglied von »Gerechtes Russland«.

Insgesamt hat sich die Systemopposition entschlossen, entweder an alten Gesichtern festzuhalten (LDPR und »Jabloko«), die Wahl vollkommen auszulassen (»Gerechtes Russland«) oder einen überraschenden, jedoch gemäßigten Kandidaten ins Rennen zu schicken (KPRF). Eine geraume Zeit wurde der Wahlkampf durch die basisorientierte Mobilisierung belebt, die Alexej Nawalnyj – als einziger – betrieb. Dieser hatte ein beträchtliches Netzwerk regionaler Wahlkampf büros geschaffen und zahlreiche öffentliche Versammlungen im ganzen Land organisiert. Ihm wurde jedoch, wenig überraschend, wegen seiner Vorstrafe eine Registrierung als Kandidat verweigert. Eine Beschwerde gegen diese Entscheidung wurde abgewiesen. Eine weitere potenzielle unabhängige Oppositionskandidatin ist Ksenija Sobtschak, eine sehr populäre Fernsehmoderatorin und 2011/12 eine der Stimmen der Bewegung »Für gerechte Wahlen!«. Sie muss 300.000 Unterstützerunterschriften sammeln, um bei den Wahlen kandidieren zu können. Doch selbst wenn ihre Namen auf dem Stimmzettel zu finden sein sollten, dürfte die Opposition wohl kaum die Dominanz des Amtsinhabers ernsthaft gefährden können. Aus einer Umfrage des Lewada-Zentrums geht hervor, dass 48 Prozent der Befragten (und 60 Prozent derjenigen, die beabsichtigen, zur Wahl zu gehen) für Putin stimmen wollen, während Jawlinskij und Schirinowskij auf die Unterstützung von zwei Prozent der Bevölkerung hoffen können. Die übrigen potentiellen Kandidaten können nur mit unter einem Prozent der Stimmen rechnen.

Angesichts solcher Zahlen erscheint die Teilnahme der Opposition an den Präsidentschaftswahlen als nutzloses Unterfangen. Warum also investiert sie dennoch in die Wahlen? Die erwähnte Umfrage ergab auch, dass ein beträchtlicher Anteil (24 Prozent der Befragten, 30 Prozent der vermutlichen Urnengänger) unentschlossen ist, wem sie ihre Stimme geben werden, und dass 18 Prozent der Befragten keine weitere Amtszeit Putins wollen. Sollten die oppositionellen Parteien (KPRF, LDPR, Gerechtes Russland) als unabhängige politische Akteure wahrgenommen werden (was selten der Fall ist), könnten die Wahlen ein Mittel sein, um ihre Unterstützerbasis auszubauen, über Mobilisierungserfolge ein Signal der Stärke zu senden und schließlich Spaltungen innerhalb des Regimes zu provozieren. Aber auch in dem Fall, dass die Teilnahme der Systemopposition lediglich als Teil der Kremlstrategie zu sehen ist, um den Wählern ideologische Alternativen zu präsentieren, die gleichwohl nicht die etablierten Machtverhältnisse herausfordern, müssen die Oppositionsparteien diese unzufriedenen Wähler für sich gewinnen, um ein Ergebnis zu gewährleisten, das den Bedürfnissen des Kreml entspricht. Soll dieses Ziel erreicht werden, müssen sie ihre spezifischen Ressourcen bündeln: machtvolle Narrative anbieten, die für Unentschlossene attraktiv wären; Mobilisierungsstrukturen und Führungsfiguren vor Ort aufbauen, die für Wählerstimmen sorgen; und schließlich die notwendigen Verbündeten und Finanzen, um die Wahlkampfmaschine der jeweiligen Partei laufen zu lassen. Wie gut ist die Systemopposition auf diese Herausforderungen vorbereitet? Im Folgenden soll der aktuelle Stand der Dinge untersucht werden.

Politische Narrative und Positionen

Auf der Diskursebene hat sich die parlamentarische Opposition entschieden, die gewohnten Narrative beizubehalten. Alle drei Parteien beklagen unentwegt die Dominanz von »Einiges Russland«. Sie beschwerten sich über unfaire Wahlen, vermeiden aber Kritik am Präsidenten. Alle drei beteiligen sich am nationalistischen Diskurs sowie der Antikorruptionsdebatte und wenden sich gegen bestimmte Teile der Regierungspolitik, meist im wirtschaftspolitischen Bereich. Vor allem aber lobt die parlamentarische Opposition die außenpolitischen Erfolge des Präsidenten und dessen antiwestliche Rhetorik. Die programmatischen Aussagen sind vage oder in langatmige Parteidokumente gefasst. Im Ergebnis sind viele der Positionen identisch oder liegen nah beieinander. So tritt die parlamentarische Opposition in unterschiedlicher Form für eine Anhebung der öffentlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit ein, für mehr staatliche Regulierung der Wirtschaft und für direkte Wahlen der lokalen Exekutivorgane. Selbst Jawlinskij

Programme mit seinem antikommunistischen Anstrich und den Forderungen nach einer Wiederherstellung »historischer Kontinuität« (*istoritscheskaja prejemstwenost*) mutet wie eine weichgespülte Version von Statements der LDPR an. Jawlinskij ist unter den Anwärtern allerdings der einzige, der die Krim als ukrainisches Territorium betrachtet und sich für die Wiederherstellung guter Beziehungen mit dem Nachbarland ausspricht. Abgesehen von diesem Punkt bieten sämtliche Parteien der Systemopposition nur nebulöse politische Positionen und Narrative an, ein Umstand, der es den Wählern nicht leichter machen dürfte, für sich den passenden Kandidaten zu finden.

Regionalwahlen

Es stellt sich die Frage: Reicht die institutionelle Basis aus, damit die Kandidaten der Opposition ihre Botschaften transportieren können? Oder anders: Wie erfolgreich war die Opposition, politische Ämter zu erringen? Bislang ist die Bilanz alles andere als beeindruckend gewesen. Zwischen 2012 und 2016 gelangten die KPRF-Mitglieder Sergej Jewtschenko und Wadim Potomskij in den Gebieten Irkutsk bzw. Orjol in den Gouverneursessel. Lewtschenko hatte sich in einer hartumkämpften Wahl gegen Amtsinhaber Sergej Jeroschenko im zweiten Wahlgang durchgesetzt. Potomskij hingegen ist 2014 vom Präsidenten ernannt und dann in einem referendumsartigen Urnengang mit 89,2 Prozent der Stimmen gewählt worden. Alexej Ostrowskij (LDPR) wurde 2012 per Ernennung zum Gouverneur des Gebiets Smolensk und 2015 bei den Wahlen dort im Amt bestätigt. Im Zuge der jüngsten Runden von Gouverneursentlassungen hat der Präsident im Oktober 2017 Alexandr Burkow von »Gerechtes Russland« an die Spitze des Gebietes Omsk gesetzt, während Andrej Klytschkow in Orjol seinen Parteigenossen Potomskij ablöste. Somit ist nur Lewtschenko von der Bevölkerung real in sein Amt gewählt worden, die übrigen haben ihren Aufstieg der Hilfe des Präsidenten zu verdanken. Da der Präsident berechtigt ist, jeden Gouverneur jederzeit entlassen zu können, verfügen die Chefs der Regionalregierungen über eine ausgezeichnete Ausrede, sich adäquat zu verhalten und ihre Ambitionen bei Wahlgängen zu zügeln. Für Kandidaten hingegen, die keine Unterstützung von oben genießen und trotzdem in den Ring steigen wollen, stellt der sogenannte »kommunale Filter« (die Auflage, für eine Registrierung als Kandidat eine bestimmte Anzahl an Unterschriften von Abgeordneten der Kommunal- und Stadtparlamente zu sammeln) ein beträchtliches Hindernis dar. Einige sehr bekannte unabhängige Politiker wie etwa Konstantin Okunew in der Region Perm oder Jewgenij Roisman im Swerdlowsker Gebiet sind bei der Registrierung als Kandidat an eben diesem Filter gescheitert.

Auch die regionalen Parlamentswahlen haben keine nennenswerten Ergebnisse gebracht: Der durchschnittliche Stimmenanteil für »Einiges Russland« ist von 52,7 Prozent (2007 – 2011) auf 54 Prozent (2012 – 2016) angestiegen. Der Vorsprung der Wahlsieger hat sich ebenfalls erhöht, und zwar von 34 auf 38 um vier Prozentpunkte. Insgesamt haben die Oppositionsparteien von 2012 bis 2016 in den Regionalparlamenten über Parteilisten 719 von 2.158 Mandaten erringen können (33,3 Prozent). Bei den Direktmandaten waren es 188 von 3.570, also nur 5 Prozent (s. Tabelle 1. Im gleichen Zeitraum haben 144 Unabhängige ein Direktmandat errungen. Sewastopol und die Republik Krim sind bei diesen Angaben nicht enthalten.).

In einigen wenigen Regionen hat »Einiges Russland« seine absolute Mehrheit verloren; dort haben Fraktionen der Opposition über die Hälfte der Mandate inne (s. Tabelle 2). In der Republik Karelien und der Region Altai fanden die am stärksten umkämpften Wahlen statt, mit mehr als drei Parteien, die letztendlich ins Parlament einzogen. Die KPRF ist am stärksten im Gebiet Omsk vertreten, mit 29 Prozent der Stimmen bei den letzten Wahlen. Die LDPR schnitt in der Amur-Region am stärksten ab (31 Prozent) und »Gerechtes Russland« im Gebiet Astrachan (22 Prozent). »Jabloko« hatte keine besonderen Erfolge zu verzeichnen, überwand allerdings in Karelien, St. Petersburg und dem Gebiet Pskow die Sperrklausel. Die »Patrioten Russlands«, die nicht zum Kreis der »etablierten« Opposition gehören, errangen in Nordossetien mit erstaunlichen 27 Prozent der Stimmen den zweiten Platz. Die Partei wurde dort von Arsen Chadschajew angeführt (ehemals ein Mitglied von »Einiges Russland«) und ihr Erfolg wurde zu großen Teilen dessen loyalen Wählern zugeschrieben. Allgemein ist das Feld rundum zugunsten der vorherrschenden Partei bestellt: Die Direktwahlkreise stellen die Präsenz von »Einiges Russland« in den Parlamenten sicher, während hohe Sperrklauseln und andere Besonderheiten der Wahlen die Repräsentation ihrer Konkurrenten schrumpfen lassen. Sogenannte »*Spoiler*«-Parteien (neu geschaffene Parteien, die bestehenden Parteien stark ähneln, um deren Wählerschaft zu spalten), »administrativer« Druck durch die Regierungen und deren Behörden sowie Wahlfälschungen tragen das Übrige dazu bei, eine merkliche Präsenz der Opposition in machtrelevanten Strukturen zu verhindern.

Kommunalwahlen

Ein wichtiges Ziel für die Opposition ist es Mandate und Ämter in den regionalen Hauptstädten zu erringen, da sie hier für die Wähler attraktiver ist. Die letzte Wahlperiode hat hier jedoch ebenfalls wenig Erfolge gebracht. Einige Oppositionsführer wurden zu Bür-

germeistern gewählt: Jewgenij Uralchow in Jaroslawl (»Bürgerplattform«, 2012), Galina Schirschina in Petrowsawodsk (»Jabloko«, 2013), Jewgenij Roisman in Jekaterinburg (»Bürgerplattform«, 2013) und Anatolij Lokot in Nowosibirsk (KPRF, 2014). Allerdings war nur letzterer in der Lage, seine Macht zu konsolidieren. Uralchow hat versucht, die lokale Opposition unter der Flagge der »Bürgerplattform« zu einen und hat sogar einen Anlauf unternommen, 2013 an den Gouverneurswahlen teilzunehmen. Er wurde jedoch verhaftet, wegen Korruption angeklagt und zu 12 ½ Jahren Gefängnis verurteilt. Galina Schirschina wurde nach einem langwährenden Konflikt mit dem Gouverneur und dem Stadtrat per Beschluss des letzteren ihres Amtes enthoben. Sie versuchte, diesen Beschluss vor Gericht anzufechten, doch ohne Erfolg. Roismans Position blieb wegen mangelnder institutioneller Macht schwach: Seine angestrebte Kandidatur bei den Gouverneurswahlen 2017 scheiterte am kommunalen Filter, da »Einiges Russland« die Kommunalräte dominierte.

Die Moskauer Kommunalwahlen vom September 2017 schienen auf den ersten Blick einen Bruch dieser Reihe darzustellen, da es Dmitrij Gudkow (ehemals ein Mitglied von »Gerechtes Russland« und 2011/12 einer der Anführer der Bewegung »Für faire Wahlen!«) gelang, dass 267 seiner Anhänger in Kommunalräte gewählt wurden, darunter 176 Kandidaten von »Jabloko« in 51 Stadtbezirken. Doch selbst diese Erfolge stellen noch keine Garantie dar, dass Oppositionskandidaten bei den nächsten Bürgermeisterwahlen die notwendige Anzahl von Unterschriften erhalten. Diese Situation erzeugt für die Herausforderer einen Teufelskreis: Ohne Macht in der Exekutive haben sie keine Kontrolle über die Wahlmaschinerie, die wiederum notwendig ist um eine Präsenz der Opposition in den Parlamenten zu gewährleisten, was wiederum Voraussetzung dafür ist, die notwendigen Unterschriften für ein mögliches Amt in der Exekutive zusammenzubekommen. Was bleibt, sind Verhandlungen mit der vorherrschenden Partei, um deren Unterstützung zu gewinnen. Dieser Prozess hat bereits eingesetzt.

Finanzen

Das führt uns zu der letzten Frage, nämlich der nach mächtigen Verbündeten und den finanziellen Ressourcen, die für Verhandlungen mit »Einiges Russland« und dem Regime vonnöten sind. Was die Finanzen anbelangt, waren die großen Oppositionsparteien, obwohl sie im Wesentlichen von politischen Entscheidungen ausgeschlossen waren, in der Lage, aufgrund der letzten landesweiten Wahlen eine beträchtliche Menge Gelder zu mobilisieren. Die LDPR sammelte 663 Millionen Rubel (nach aktuellem Umrechnungskurs rund 9,8 Millionen

Euro) und übertraf damit sogar »Einiges Russland«; »Gerechtes Russland« hatte eine Ernte von 432 Millionen (rund 6,3 Millionen Euro) zu verzeichnen, »Jabloko« erhielt 364 Millionen (rund 5,3 Millionen Euro) und die KPRF 176 Millionen Rubel (rund 2,6 Millionen Euro). In diesen Zahlen nicht enthalten sind die Budgets in den Regionen sowie für die Direktwahlkreise oder andere Zahlungsformen wie »tschornyj nal« (nicht registrierte und nicht kontrollierte Bargelder; s.: Vedomosti, 27.09.2016; <<https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2016/09/27/658595-edinoi-rossii-deshevle>>). Darüber hinaus sind in den Reihen der parlamentarischen Opposition selbst einzelne reiche Sponsoren anzutreffen: Dem Onlineportal RBK zufolge liegt das mittlere Einkommen der Abgeordneten von »Gerechtes Russland« bei jährlich 22,5 Millionen Rubeln (rund 326 000 Euro), bei der LDPR beträgt es 17,6 Millionen (rund 255 000 Euro) und bei der KPRF 13,4 Millionen (rund 194 000 Euro). Zum Vergleich: Die Einkünfte der Abgeordneten von »Einiges Russland« liegen bei 25,3 Millionen (rund 366 000 Euro). Auf regionaler Ebene sind alle Parteien der Systemopposition auf der intensiven Suche nach finanzstarken Sponsoren – im Austausch gegen einen Platz auf der Parteiliste. Auch hier bleibt »Einiges Russland« die Partei, bei der am meisten solcher »Investitionen« getätigt werden. Die oben genannten Zahlen sind allerdings ein Hinweis, dass einzelne Sponsoren auch bereit sind, die Opposition finanziell zu unterstützen.

Bestandsaufnahme der Ressourcen

Die Systemopposition ist gegenwärtig nicht in der Verfassung, eine wesentliche Gefahr für Putin und »Eini-

ges Russland« darzustellen. Jede dieser Parteien hält weiterhin an den Präferenzen ihrer Kernwählerschaft fest – daher auch die altbekannten Gesichter und der fehlende Wandel der Narrative. Alle Parteien sind bis zu einem gewissen Grad in den Regionen vertreten, was ausreicht, um Kandidaten ins Rennen zu schicken, aber nicht für einen vollwertigen Angriff genügt. Das Sammeln von Spenden scheint hier das geringste Problem zu sein. Zusätzlich zu Sponsorengeldern haben alle im Parlament vertretenen Parteien der Opposition das Anrecht auf staatliche Fördermittel (Um Ansprüche auf staatliche Fördermittel zu haben, muss die Kandidatenliste einer Partei bei landesweiten Wahlen mindestens 3 Prozent der Stimmen erhalten. »Jabloko« hatte diese Anforderung von 2011 bis 2016 erfüllt, diese Hürde bei den letzten Wahlen jedoch nicht mehr überwunden.).

Nawalnyjs Wahlkampf steht in jeder Hinsicht in starkem Kontrast zu den Kampagnen der Systemopposition, da seine materielle Basis begrenzt ist, der Wahlkampf aber auf einem machtvollen Narrativ aufbaut, das bestimmte soziale Bedürfnisse aufgreift. Zumindest einige der Anführer der Systemopposition scheinen den müden Charakter ihrer Wahlkämpfe einzugehen, doch wären sie wirklich gewillt, ihre privilegierte Position und ihre Ansprüche für ein Bündnis mit energischen, wenn auch bislang nicht weithin bekannten Politikern einzutauschen? So eindeutig die Antwort auf der Hand liegen mag, es sind immer noch unzufriedene Wähler da, die der Wahl in der einen oder anderen Richtung eine Wendung geben können, und dessen sollte sich die Systemopposition sehr wohl bewusst sein.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Andrei Semenov ist Direktor des Zentrums für vergleichende Geschichte und Politik an der staatlichen Universität Perm.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Mandate in den Regionalparlamenten

Tabelle 1: Anteil der Parteien an der Gesamtzahl der Mandate in Regionalparlamenten (2012–16)

	ER*	KPRF	LDPR	GR**	andere Parteien	unabhängige Kandidaten
Anzahl d. Mandate (Direktwahl)	3.238	74	26	44	44	144
Anteil an d. Mandaten in % (Direktwahl)	91	2	1	1	1	4
Anzahl d. Mandate (Liste)	1.439	300	217	159	43	–
Anteil an d. Mandaten in % (Liste)	67	14	10	7	2	–
Mandate insgesamt	4.677	374	243	203	87	144
Anteil an d. Mandaten in % (insgesamt)	82	7	4	4	1	2

* Einiges Russland; ** Gerechtes Russland

Quelle: Berechnungen von Andrei Semenov auf Grundlage der Daten der Zentralen Wahlkommission; <www.cikrf.ru>.

Tabelle 2: Hochburgen der Opposition: Regionen mit einer Oppositionsmehrheit im Regionalparlament

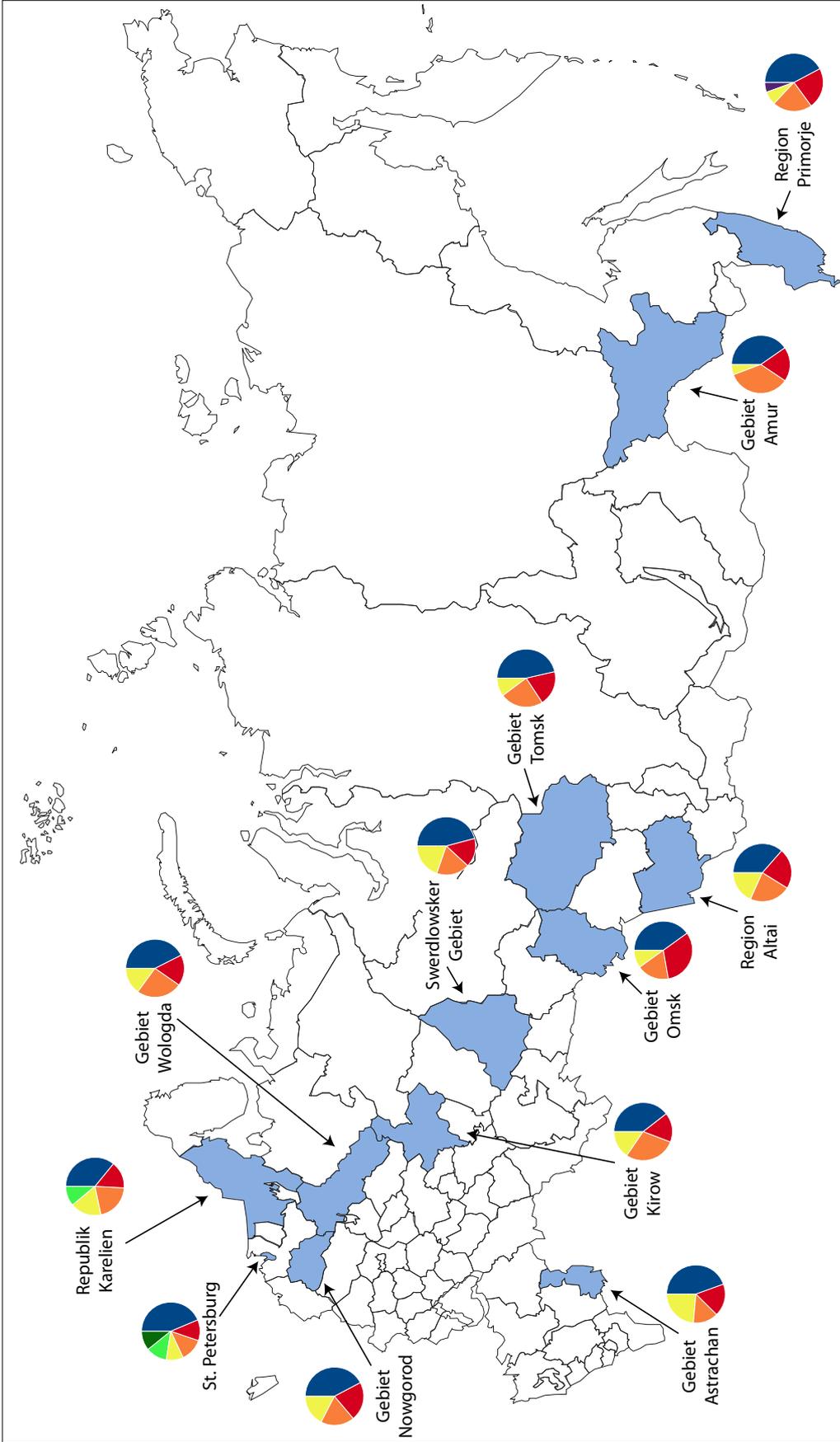
Region	Datum	Zahl d. Sitze	ER* Stimmen- anteil, %	ER Sitze	KPRF Stim- men- anteil, %	KPRF Sitze	LDPR Stim- men- anteil, %	LDPR Sitze	GR** Stim- men- anteil, %	GR** Sitze	Kleinere Parteien, Anteil / Sitze
Republik Karelien	18.9.2016	18	33 %	7	14 %	3	19 %	3	16 %	3	10 % / 2 Jabloko
Region Altai	18.9.2016	34	34 %	12	21 %	8	21 %	8	17 %	6	
Region Primorje	18.9.2016	20	39 %	9	21 %	5	20 %	4	7 %	1	5 % / 1 RRP***
Amur-Region	18.9.2016	18	36 %	8	17 %	3	31 %	6	5 %	1	
Gebiet Astrachan	18.9.2016	29	42 %	13	17 %	5	13 %	4	22 %	7	
Gebiet Wologda	18.9.2016	17	37 %	8	15 %	3	22 %	4	13 %	2	
Gebiet Kirow	18.9.2016	27	36 %	11	15 %	4	26 %	8	14 %	4	
Gebiet Nowgorod	18.9.2016	16	39 %	7	20 %	3	17 %	3	16 %	3	
Gebiet Omsk	18.9.2016	22	36 %	9	29 %	7	16 %	4	9 %	2	
Swerdlowsker Gebiet	18.9.2016	25	40 %	12	14 %	4	16 %	4	17 %	5	
Gebiet Tomsk	18.9.2016	21	41 %	10	17 %	4	21 %	5	9 %	2	
St. Petersburg	18.9.2016	25	41 %	12	11 %	3	12 %	3	9 %	2	11 % / 3 WP**** 10 % / 2 Jabloko

* Einiges Russland; ** Gerechtes Russland; *** Russische Rentnerpartei; ****Wachstumspartei

Anm.: Im Jüdischen Autonomen Gebiet und im Autonomen Kreis der Tschuktschen stellen die Oppositionsparteien ebenfalls die Mehrheit (6 und 5 von 10 bzw. 9 Sitzen), allerdings vor allem aufgrund der geringen Zahl der Sitze.

Quelle: Berechnungen von Andrei Semenov auf Grundlage der Daten der Zentralen Wahlkommission; <www.cikrf.ru>.

Grafik 1: Hochburgen der Opposition: Regionen mit einer Oppositionsmehrheit im Regionalparlament: Stimmenanteil der Parteien in %



■ Einiges Russland; ■ KPRF; ■ LDPR; ■ Gerechtes Russland; ■ Russische Rentnerpartei; ■ Jabloko; ■ Wachstumspartei

Quelle: Karte: Roman Poulbas, <<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=39972337>>. Lizenz: CC BY-SA 4.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>>. geändert durch die Redaktion der Russland-Analysen; Daten: Berechnungen von Andrei Semenov auf Grundlage der Daten der Zentralen Wahlkommission; <www.cikrf.ru>; siehe auch Tabelle 2 auf S. 7.

Wahlkampf im elektoralen Autoritarismus: Alexej Nawalnyjs Kampagne für die Präsidentschaftswahlen 2018

Jan Matti Dollbaum, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Zusammenfassung

Im Dezember 2016 gab der Antikorruptionsaktivist und Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj seine Absicht bekannt, bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2018 anzutreten. Seitdem hat sein Team eine der umfangreichsten politischen Kampagnen in der Geschichte des postsowjetischen Russlands aufgebaut. Die Funktionslogik des russischen politischen Systems – der elektorale Autoritarismus – setzt unabhängiger Opposition enge Grenzen; der Wettbewerb ist grob zugunsten des Status quo verzerrt. Und obwohl Nawalnyj mittlerweile offiziell von den Wahlen ausgeschlossen wurde und zum Boykott aufruft, stellt seine Kampagne die politische Führung vor eine ernste Herausforderung – zumindest langfristig.

Nawalnyjs Aufstieg

Mit seiner Ankündigung vom Dezember 2016, an den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2018 teilzunehmen, unterstrich Alexej Nawalnyj seinen Führungsanspruch innerhalb der außerparlamentarischen Opposition. Nawalnyj begann seine politische Laufbahn als Aktivist und Kampagnenstrategie der Moskauer Jabloko-Partei, wo er schnell Karriere machte. Im Jahr 2007 schloss ihn die Partei dann jedoch aus, offiziell aufgrund seiner nationalistischen Positionen. Nawalnyj selbst erklärte seitdem stets, der wahre Grund sei seine harsche Kritik am damaligen Parteichef Grigorij Jawlinskij gewesen. Danach gründete er allerdings die Organisation »Das Volk« (NAROD), die sich selbst als »nationaldemokratisch« einstuft und vorgab, die Interessen ethnischer Russen zu vertreten, sich dabei aber rhetorisch von Neonazis abgrenzte und mit anderen demokratischen Oppositionsgruppen zusammenarbeitete. Und obgleich er seine nationalistische Rhetorik aus seiner Kampagne vollständig verbannt hat, erinnern sich manche Liberale und Linke noch sehr genau an seine Teilnahmen bei den »Russischen Märschen« bis ins Jahr 2011 und die nationalistischen Positionen in seinem Blog. Bei den Online-Wahlen im Jahr 2012 zum Koordinationsrat der Opposition, einem kurzlebigen Versuch, die Bolotnaja-Protteste zu institutionalisieren, erhielt Nawalnyj die meisten Stimmen von allen 209 Kandidaten. Erst mit seiner effektiven Kampagne bei den Bürgermeisterwahlen von Moskau im Jahr 2013, bei denen er (offiziell) 27 Prozent der Stimmen erhielt und den Kreml-Kandidaten Sergej Sobjanin beinahe in die Stichwahl zwang, konnte sich Nawalnyj dann als wichtigster Herausforderer der aktuellen Machtverteilung etablieren.

Parallel zu seiner politischen Karriere entwickelte sich Nawalnyj zum berühmtesten Antikorruptionsaktivisten des Landes. Als Kleinaktionär bei mehreren Energie- und anderen Konzernen hat er Zugang zu internen Dokumenten. Zusammen mit öffentlich zugänglichen Datenbanken bilden diese die Basis für seine umfangrei-

chen Recherchen zu Korruption hochrangiger Personen in Wirtschaft und Staat. Gemeinsam mit einem Team aus IT-Spitzenkräften und kompetenten Juristen entwickelte Nawalnyj außerdem Online-Mechanismen zur Aufdeckung von Korruption im Alltagsleben der Bürger des ganzen Landes. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden in stylischen (und höchst sarkastischen) Videoclips präsentiert, die in den sozialen Medien nicht selten enorme Klickzahlen erreichen. Sein bisher erfolgreichstes Material, ein 45-minütiger Film über mutmaßliche Korruption des Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedew, ist bisher knapp 26 Millionen mal aufgerufen worden. In der Tat sind die sozialen Medien für Nawalnyj, der in den staatlich kontrollierten Massenmedien nur in Schmutzkampagnen auftaucht, und mit dem kein Angehöriger der politischen Führung zu debattieren bereit ist, das wichtigste Instrument zur Kommunikation mit der Wählerschaft.

Choschdenie w narod – Die regionale Kampagne

Ebenso zentral für Nawalnyjs Bestrebungen, seine Popularität im Land zu steigern, ist jedoch der Aufbau eines regionalen Unterstützernetzwerks. Bevor die Zentrale Wahlkommission am 25. Dezember entschied, ihn wegen seiner Vorstrafen nicht zur Wahl zuzulassen, war das Ziel der Kampagne, die hohen formalen Hürden für eine Registrierung als unabhängiger Kandidat zu überwinden. 300.000 Unterschriften aus mindestens 40 Regionen müssen gesammelt werden, dabei dürfen es pro Region höchstens 7.500 sein. Die Unterschriften können erst gesammelt werden, wenn die Wahlen offiziell angesetzt worden sind, was wiederum nicht früher als 100 Tage vor dem vorgesehenen Wahltermin am 18. März 2018 geschehen kann. Die Unterschriften müssen außerdem bereits 45 Tage vor dem Wahltag eingereicht werden. In dem verbleibenden Zeitfenster von 55 Tagen, in das außerdem noch die langen Neujahrsfeierlichkeiten fallen, ist es kaum möglich, eine wirksame Kampagne auf die Beine zu stellen. Diese Rege-

lungen sind Teil einer größeren Strategie, die im elektoralen Autoritarismus häufig zur Anwendung kommt: Wahlen sind zwar das wichtigste Instrument zur Besetzung politischer Ämter, ihre Regeln aber werden in einer Weise gestaltet, die das jeweils aktuelle Machtarrangement stützt.

Die Kampagne Nawalnyjs ist mit dieser strukturellen Benachteiligung stets offensiv umgegangen und hat versucht, ihr Unterstützernetzwerk bereits vor dem Start der Unterschriftensammlung aufzubauen. Seit Februar 2017 hat das Team um Nawalnyj daher im ganzen Land Büros eröffnet – mit dem Ziel in 77 der offiziell 85 russischen Regionen präsent zu sein. In jeder Region zahlt die Kampagne drei bis vier Mitarbeitern Gehälter. Dieser feste Kern rekrutiert Freiwillige für den Wahlkampf – auf der Straße und online – und sammelte bis Dezember die Daten von Bürgern, die bereit waren für die Registrierung von Nawalnyj ihre Unterschrift zu leisten. Nach eigenen Angaben der Nawalnyj-Kampagne haben bisher 700.000 Menschen ein solches Versprechen abgegeben.

Strukturelle Hindernisse als diskursive Vorteile

Mit seiner Kampagne versucht Nawalnyj, das Beste aus den bestehenden Bedingungen zu machen. Wenngleich die Regeln unwillkommene Kandidaten von den Wahlen fernhalten sollen, so motivieren sie, wenn man sie ernst nimmt, dazu, die Wähler intensiv zu umwerben: Freiwillige müssen für die tägliche Mobilisierungsarbeit gefunden werden und Bürger müssen davon überzeugt werden, für die Registrierung ihre persönlichen Daten preiszugeben. Zudem demonstriert eine breite Unterstützerbasis Volksnähe. Denn obwohl Nawalnyjs Kampagne für ein liberales, digitalisiertes und unternehmerisches Russland steht, hat sie stets vermieden, elitär zu wirken – ein Stigma, das noch immer den Rückhalt liberaler Kandidaten in der russischen Bevölkerung untergräbt. Daher rührt die strategische Bedeutung einer Basis außerhalb Moskaus ebenso wie der stetige Hinweis auf Crowdfunding als einzige Finanzierungsquelle. (Wenngleich die Kampagne keine Angaben zu Spendern macht – sicher auch um sie vor Repression zu schützen – so ist dem Autor aus Gesprächen mit der Kampagne nahestehenden Personen bekannt, dass finanzielle Unterstützung nicht ausschließlich von Kleinspendern fließt, sondern auch von kleinen und mittleren Unternehmen.)

Doch trotz – oder vielleicht gerade wegen – der enormen Anstrengungen, die in die Kampagne geflossen sind, darf Nawalnyj nicht kandidieren. Dies entschied die Zentrale Wahlkommission am 25. Dezember 2017. Im Februar wurde er im so genannten »Kirowles«-Fall wegen Betrugs zu einer fünfjährigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Da die ihm vorgeworfene Straftat als »schwer« eingestuft wurde, verbietet das Wahlgesetz ihm die Kan-

didatur. Bis zuletzt hatte es jedoch für ihn die Hoffnung gegeben, dass entweder das Oberste Gericht das Urteil aufhebt (wie in diesem Fall bereits einmal geschehen – infolge einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bei einem gleichlautenden ersten Urteil), oder dass die Wahlkommission sich Nawalnyjs Interpretation der Rechtslage anschließt und die Verfassung, die einen Ausschluss vom passiven Wahlrecht nur für Häftlinge vorsieht, über das Wahlgesetz stellt.

Dass beide Szenarien mehr als unwahrscheinlich waren, ist Nawalnyj sicher bewusst gewesen. Doch ein Ausschluss von der Kandidatur lässt sich in die PR-Strategie der Kampagne relativ leicht integrieren. Denn diese ist es, strukturelle Hindernisse in diskursive Vorteile zu verwandeln. Der Versuch, eine (nach den Standards westlicher Demokratien) gewöhnliche Wahlkampagne unter höchst widrigen Bedingungen zu führen, unterstreicht eine der zentralen Botschaften Nawalnyjs: Die Forderung nach »Normalität«. Die Kampagne nutzt daher die Umgebung, in der sie arbeitet, als Framing-Ressource: dem Staat als brutaler und inkompetenter Leviathan wird permanent das Bild eines modernen, effizienten Institutionengefüges gegenübergestellt, das von der Kampagne symbolisiert wird.

Dazu gehört, jeden Fall von Repression sofort in einen Gegenangriff zu verwandeln. Jede Gerichtsverhandlung wird für Nawalnyj zur Bühne für politische Reden. In seinem letzten Wort als Angeklagter im Kirowles-Fall, das später veröffentlicht wurde, wandte sich Nawalnyj unmittelbar an die Richter, den Staatsanwalt und sogar einen Gerichtsdienstler und erklärte, sie alle könnten erheblich besser leben, wenn sie ihre Unterstützung einem Regime verweigerten, das nur für die oberen paar Tausend wirklich funktioniere. Bei der Sitzung der Zentralen Wahlkommission im Dezember, bei der Nawalnyj anwesend war, lieferte er sich ein medial vielbeachtetes verbales Scharmützel mit der Vorsitzenden Ella Pamfilowa. Und auch die zahlreichen Nadelstiche gegen die Kampagne in den Regionen (von lokalen Demonstrationsverboten über Durchsuchungen der Büros, so genannten »administrativen Arresten« für Mitarbeiter bis hin zu einigen Strafprozessen) werden in den sozialen Medien gepostet und kommentiert – hämisch oder anklagend, je nach Schwere der Repression.

Politik durch Protest

Am 26. März und am 12. Juni 2017 organisierte die Kampagne landesweit die größten Demonstrationen seit den Bolotnaja-Protesten 2011/2012. Die Anti-Korruptionsbotschaft stand dabei im Vordergrund, sodass sich auch Menschen anschließen konnten, die Nawalnyj als Politiker nicht unterstützen. Es kamen mehrheitlich junge Menschen, Schüler und Studenten, insgesamt Zehntausende, und die Antwort folgte prompt: am 12. Juni wurden über 1000 Menschen festgenommen, 700 davon

in Moskau, wo Nawalnyj in letzter Minute den Ablauf änderte und seine Anhänger aufrief, sich unter die Teilnehmer eines Volksfestes im Stadtzentrum zu mischen – entgegen den Vereinbarungen mit den Behörden. Nawalnyj begründete den Schritt damit, dass keine Firma in der Stadt bereit gewesen sei, seinem Team für die angemeldete Demonstration eine Soundanlage zu vermieten. Dahinter stand aber möglicherweise auch der Plan, Festnahmen zu provozieren, und damit erneut Symbolbilder für den gerechten Kampf gegen das Regime zu erzeugen.

Diese Strategie zeigte sich zunächst auch in den Regionen. Zwischen September und Dezember 2017 sollten landesweit insgesamt 50 Demonstrationen stattfinden, die die Kampagne mit demonstrativer Naivität als »Treffen des Präsidentschaftskandidaten mit seinen Wählern« bezeichnete. Diese boten Gelegenheit, auch ältere Wählerschichten anzusprechen, die nicht durch die Kampagnen in sozialen Medien erreicht werden. Nach den ersten beiden Wochenenden, an denen Nawalnyj unter anderem eine Demonstration in Jekaterinburg mit mehreren Tausend Teilnehmern abhielt, begannen die lokalen Behörden allerorten, die Anträge der Kampagne abzulehnen. Laut Versammlungsgesetz müssen Demonstrationen angemeldet werden. Die Behörden haben aber lediglich das Recht, Veranstaltungen am selben Tag auf eine andere Uhrzeit zu verschieben oder an einen anderen Ort zu verlegen. Weder dürfen sie Anträge grundsätzlich ablehnen, noch auf andere Tage verschieben. Beides geschah aber zuhauf. Unter Bezugnahme auf das Gesetz kündigte Kampagnenchef Leonid Wolkow an, solche Fälle als gesetzeswidrig anzusehen und damit die betreffende Demonstration als angemeldet zu betrachten. Wenige Tage nach dieser Ankündigung wurden Nawalnyj und Wolkow wegen des Aufrufs zu unangemeldeten Demonstrationen festgenommen und zu je 20 Tagen Haft verurteilt.

Zwar gelang es, einige Ablehnungen der Behörden erfolgreich gerichtlich anzufechten (wodurch ihre Illegalität bestätigt wurde), doch änderten die Kampagnenstrategen nach Nawalnyjs und Wolkows Freilassung die Taktik: Zusätzlich zu hunderten weiteren Behördenanfragen (die weiterhin abgelehnt wurden), suchten sie nun private Gelände – etwa Parkplätze oder große Hallen – wo für öffentliche Veranstaltung keine Absprachen mit Staatsorganen erforderlich sind. Warum die Kampagne auf diese weniger konfrontative Vorgehensweise umschwenkte, ist unklar. Möglicherweise waren die organisationalen und diskursiven Kosten höher als vermutet: Gerichtsverfahren und Arreste binden Kräfte, und (nicht-oppositionelle) regionale Medien vertrauen im Zweifel eher auf das Urteil der lokalen Behörden als auf die Aussagen der Kampagne. Vielleicht wollte man vermeiden, Berichte über »illegale Demonstrationen« der Anhänger Nawalnyjs zu lesen – selbst wenn diese nach dem Buchstaben des Gesetzes legal waren.

Struktur und Programm als Balanceakt

Hinter der Strategie der Kampagne steckt Leonid Wolkow, ein Programmierer, ehemaliger Unternehmer und liberaler Aktivist mit lokalpolitischer Erfahrung aus Jekaterinburg. Viele Mitarbeiter und Aktivisten schätzen Wolkow wegen seines evidenten Organisationstalents. Doch kommt die beeindruckende Effizienz der Kampagne zum Preis strikter Hierarchien und klarer Arbeitsteilung. Bis Ende Dezember mussten die regionalen Zweigstellen regelmäßig harte Zahlen zu rekrutierten Freiwilligen und gesammelten Unterschriften an die Zentrale liefern. In einigen Fällen wurden Mitarbeiter wegen ineffizienter Arbeit entlassen. Diese Strenge erstaunte viele Beteiligte, doch sind keine Fälle von Widerstand bekannt. Es leuchtet ein, dass schnelle und effektive Befehlsketten notwendig sind, wenn man es mit einem staatlichen Gegner zu tun hat, der ein Vielfaches an Ressourcen aufzubieten hat und nicht zögert, sie einzusetzen. Und doch liegen diejenigen Kritiker, die Nawalnyj einen autoritären Führungsstil bescheinigen und die Kampagne eher mit einem Unternehmen als mit einer Bewegung vergleichen, sicher nicht ganz falsch.

Einen Preis haben auch Nawalnyjs Bemühungen, gleichermaßen Wähler links und rechts der politischen Mitte sowie unpolitische Kreise anzusprechen. Sein Programm (das ohne formale Beteiligung seiner Grass-Roots-Aktivisten zustande kam) legte Nawalnyj erst im Dezember vor. Es ist detaillierter als die sechs vagen Thesen, die fast über die gesamte Dauer der Kampagne die programmatische Basis bildeten, doch noch immer ist es Stückwerk, und bietet Angriffsfläche von vielen Seiten. Linke fürchten eine Rückkehr des Marktradikalismus angesichts der Ankündigung, alle Steuern für kleine Unternehmen abzuschaffen, während Liberale sich kaum für die erhöhten Ausgaben in Bildung und Soziales oder die Anhebung des Mindestlohns auf 25.000 Rubel (zum aktuellen Wechselkurs gut 350 Euro) pro Monat erwärmen können. Doch Nawalnyjs Forderung nach »Normalität« könnte in diesem Spannungsfeld tatsächlich einen gemeinsamen Nenner abgeben, mit dem die demokratisch orientierten Lager (zumindest zeitweise) versöhnt und auch politisch Uninteressierte eingebunden werden können: Eine »normale« Regierung, die in Bildung und Infrastruktur investiert, ein »normaler« Staat mit funktionierenden Institutionen, die politische Freiheiten und Bürgerrechte respektieren, und eine »normale« Marktwirtschaft, wo Profite nicht zuerst in den Taschen ranghoher Staatsdiener und dann in Offshore-Steuerparadiesen verschwinden. All das mag wenig elektrisierend klingen. Aber dieser Zentrismus, zusammen mit Nawalnyjs hartnäckigen Attacken auf Großunternehmer (»Oligarchen«), macht es schwer, Nawalnyj als einen der vollständig diskreditierten Reformer der 1990er Jahre abzustempeln. Und auch seine Aussagen zur Außenpolitik sind vorsichtiger als die von so

manch anderem Liberalen: er verurteilt Russlands Intervention im Donbass, doch v. a. mit strategischen, weniger mit moralischen Argumenten, und er stellt sich nicht vollständig gegen die Annexion der Krim. Stattdessen fordert er ein zweites, »normales« Referendum, das internationalen demokratischen Standards genügt.

Die Mischung aus liberalen und linken Programmelementen und seine charismatische, gebieterische Erscheinung machen Nawalnyj zu einem Politiker, der Putin stellenweise nicht unähnlich ist. Wo inhaltliche Differenzen bestehen, unterstreicht er sie jedoch aggressiv: die Pläne, eine umfassende Reform zur Korruptionsbekämpfung zu entwickeln, die Justiz politisch unabhängig zu machen und den politischen Wettbewerb zu liberalisieren – all das sind stets wiederkehrende Elemente in seinen Reden und Videobotschaften. Diese Punkte zu unterstreichen ist wichtig. Doch ebenso wichtig ist es für Nawalnyjs langfristigen Erfolg, das Vertrauen der Bevölkerung in Putin als Person zu untergraben. Und so senden die Enthüllungsvideos über Korruption in Putins Führungszirkel ein ums andere Mal dieselbe Botschaft: Wenn Putin diese Exzesse toleriert, verdient er nicht die Unterstützung der Bevölkerung – ganz unabhängig von seinen politischen Zielen.

Schluss und Ausblick

Bis zu seinem Ausschluss von den Wahlen hat Alexey Nawalnyjs Kampagne versucht, das Beste aus den Regeln und Praktiken des elektoralen Autoritarismus zu machen. Sie nutzte jede Gelegenheit, die der Staat zur Wahrung einer demokratisch-rechtsstaatlichen Fassade gewähren muss – und provozierte ihn, die Grenze zur

rechtslosen Repression medienwirksam zu überschreiten. Sollte es beabsichtigt gewesen sein, auf diese Weise genügend Druck zu entfalten, dass eine Zulassung zu den Wahlen für das Regime das kleinere Übel gewesen wäre, so ist der Plan nicht aufgegangen. Der Staat, der seine Instrumente im Interesse der politischen Führung einsetzt, hat mit der Nichtzulassung erneut die Grenzen deutlich gemacht.

Die Kampagne hat nun das Ziel des aktiven Wahlboykotts, des »Wählerstreiks« ausgerufen, um die Wahlbeteiligung möglichst niedrig zu halten und so die Wahlen, bei denen es ohne Nawalnyj keine echte Konkurrenz gebe, zu diskreditieren. Es ist unwahrscheinlich, dass diese Strategie einen merklichen Effekt haben wird – auch angesichts der Kandidatur Xenia Sobtschaks, die sicher einige Wähler aus Nawalnyjs Zielgruppe motivieren wird, für sie zu stimmen. Doch mit Nawalnyj wird weiter zu rechnen sein. Nicht zuletzt die ästhetische und inhaltliche Ausrichtung der Kampagne auf die Jugend des Landes lässt darauf schließen, dass Nawalnyj seine politische Plattform und seine Anhängerschaft langfristig aufbauen und kultivieren will – und darauf wartet, dass seine Zeit kommt. Mit seiner regionalen Kampagne ist es ihm bereits gelungen, die oppositionellen Strukturen in der Provinz zu bündeln und eine große Zahl junger Menschen für Politik zu interessieren. Ob beabsichtigt oder nicht: die gemeinsame Kampagnenarbeit ermöglicht es, wichtige Erfahrungen kollektiven Handelns zu sammeln, der Kontakt mit echter Repression schafft zudem Solidarität. Die so politisierten Gruppen könnten in Zukunft noch einmal wichtig werden, ob mit oder ohne Nawalnyj.

Über den Autor

Jan Matti Dollbaum ist Doktorand an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Diese Publikation ist im Rahmen des internationalen Forschungsprojektes »Comparing protest actions in Soviet and post-Soviet spaces« entstanden, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung koordiniert wird.

Lesetipps

- Nawalnyjs Programm (Russisch): <<https://2018.Navalny.com/platform/>>
- Die Finanzen der Kampagne in der Darstellung des Chefstrategen Leonid Volkov (Russisch): <<https://www.leonidvolkov.ru/p/237/>>
- Solidaritätsaufruf mit Nawalnyj aus einer linken Perspektive (Englisch): Budraitskis/Matveev/Guillory: Not just an Artifact <<https://www.jacobinmag.com/2017/08/russa-alexey-Navalny-anticorruption-movement-left>>
- Kritik vom wirtschaftsliberalen Ökonomen Andrei Mowtschan (Russisch): <https://www.znak.com/2017-07-13/ekonomist_andrey_movchan_ob_opasnosti_avtoritarizma_v_postputinskoy_rossii>
- Moen-Larsen, Natalia (2014): "Normal nationalism": Alexei Navalny, LiveJournal and "the Other". In: East European Politics, 30 (4), 548–567.

RATING

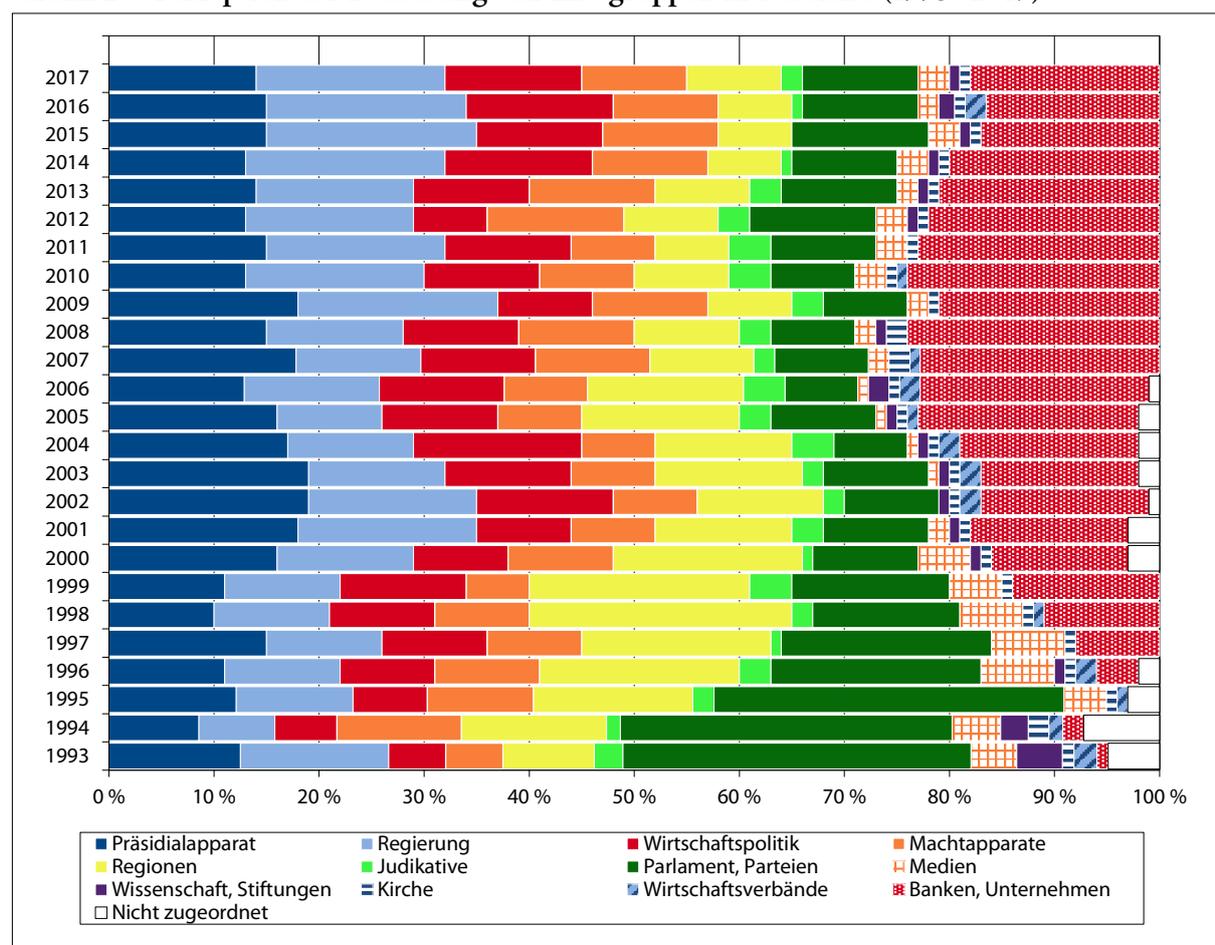
Die politische Elite im Jahre 2017

Zur Bedeutung des Ranking

Das Ranking, das die »Nesawisimaja gaseta« monatlich publiziert und dann einmal im Jahr zusammenfasst, misst nicht reale Macht. Es gibt Einschätzungen der befragten Politiker und Experten wieder. Dokumentiert werden also Perzeptionen politischer »Wichtigkeit«, die Führungselite wird über einen Reputationsansatz identifiziert, nicht aufgrund der Position oder des – ohnehin nur sehr schwer messbaren – Einflusses auf Entscheidungsprozesse.

Die Rankings, die erstmal 1993 publiziert wurden, geben also die Wahrnehmungen der politischen Klasse wieder und erlauben – mit der gebührenden Vorsicht – Rückschlüsse auf die Entwicklung des politischen Systems. Gruppiert man die Politiker nach ihren Funktionen, dann wird deutlich, dass sich die Gewichte innerhalb der Führungsebene durchaus verschieben können – am deutlichsten zwischen 1993 und 1999 –, dass sich aber seit dem Amtsantritt Putins als Präsident im Jahr 2000 eine stabile Mehrheit von Vertretern der Exekutive (Präsidentialadministration, Regierung, Wirtschaftspolitiker, Machtapparate) herausgebildet hat. Die zweitwichtigste Gruppe sind die Wirtschaftsakteure, die staatliche oder private Großunternehmen und Banken leiten. Es ist diese Partnerschaft von Exekutive und Kapital, die die politische Realität Russlands seit 17 Jahren bestimmt.

Grafik 2: Perzeption der Bedeutung von Elitegruppen in Russland (1993–2017)



Quelle: Alljährliche Ratings in der Nesawisimaja Gaseta, zuletzt: Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2017 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 11. Januar 2018 <<http://www.ng.ru/ideas/2018-01-11/57148100polytics.html>, 11. Januar 2018>.

Während sich das Verhältnis zwischen den Elitengruppen seit 2000 nur unwesentlich verschiebt (Ausnahme ist allein das Krisenjahr 2009), gibt es bei einzelnen Elitenvertretern durchaus Wechsel. Die Jahre 2016/2017 sind dabei durch

den raschen Aufstieg von Mitarbeitern der Präsidialadministration gekennzeichnet. Sowohl Wajno, der Leiter der Administration, wie sein Erster Stellvertreter Kirijenko und Jarin, der Leiter der Abteilung für Innenpolitik in der Präsidialadministration, haben im Ranking einen großen Sprung nach oben gemacht. Jarin taucht 2017 erstmals auf und erreicht sogleich Platz 35. Armeegeneral Sotow, der Oberbefehlshaber der Nationalgarde, erscheint 2016 erstmals unter den wichtigsten Politikern und kann seinen hohen Platz in der Tabelle (15.) 2017 konsolidieren (18.). Abgestiegen ist Sergej Iwanow, Wajnos Vorgänger. Putins langjähriger Weggefährte hat seine zentrale Position verloren. Andere Politiker dieser Generation (Viktor Iwanow, Jakunin) sind ganz aus dem Ranking verschwunden.

Was sich aus diesen Angaben ablesen lässt, ist eine Konsolidierung des Vorrangs der Präsidialadministration und des unmittelbaren Einflussbereichs des Präsidenten (Nationalgarde), aber auch ein Generationswechsel. Die Weggefährten Putins aus den Transformationsjahren werden durch eine jüngere Generation abgelöst, die eher einen technokratischen Zugriff haben. Herrschaft wird damit wahrscheinlich effizienter. Ob diese Generation (zu der auch viele der neuernannten Gouverneure gehören) gewillt und in der Lage ist, die anstehenden Strukturreformen in Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen, steht abzuwarten.

Zur Methodik

Ermittelt wird das Ranking durch die Befragung von Politikern bzw. Politikexperten (monatlich schwankend zwischen 24 und 27), die eine Liste ausgewählter Akteure auf einer 10-Punkte-Skala bewerten. Sie können auch ihrerseits Personen benennen, die dann der Liste hinzugefügt werden. Die Auswahl beschränkt sich nicht auf Inhaber von Regierungämtern, Abgeordnete und Parteipolitiker, sie bezieht auch Regionalvertreter, Juristen, Medienvertreter, Kirchenleute und Wirtschaftsakteure mit ein. Aus den Punktwertungen werden Durchschnittswerte ermittelt. Die Punktzahl entscheidet über den Platz im Ranking. Am Ende des Jahres werden aus den Monatsrankings Durchschnittswerte ermittelt, aus denen sich dann das Jahresranking ergibt.

Hans-Henning Schröder, Bremen

Tabelle 3: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2017 im Vergleich zu den Vorjahren

Name	Funktion	Position im Ranking			Aufstieg / Abstieg	
		2017	2016	2015	2017 gegenüber 2016	2017 gegenüber 2015
Putin, Wladimir	Präsident der Russischen Föderation	1	1	1	0	0
Medwedew, Dmitrij	Ministerpräsident der Russischen Föderation	2	2	2	0	0
Wajno, Anton	Leiter der Präsidialadministration (seit August 2016)	3	12	40	9	37
Setschin, Igor	Präsident des staatlichen Energiekonzerns »Rosneft«. Gilt als führender »Silowik« (Angehöriger der »Machtorgane«, d. h. Militär, Polizei und Geheimdienste)	4	7	7	3	3
Schojgu, Sergej	Verteidigungsminister	5	3	6	-2	1
Kirijenko, Sergej	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration (zuständig für innenpolitische Entwicklung und Gesellschaft)	6	47	67	41	61
Wolodin, Wjatscheslaw	Vorsitzender der Staatsduma; bis Oktober 2016 Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration	7	4	5	-3	-2
Lawrow, Sergej	Außenminister	8	5	4	-3	-4
Siluanow, Anton	Finanzminister	9	9	11	0	2
Bortnikow, Alexander	Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	10	10	8	0	-2

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2017 im Vergleich zu den Vorjahren (Fortsetzung)

Name	Funktion	Position im Ranking			Aufstieg / Abstieg	
		2017	2016	2015	2017 gegen-über 2016	2017 gegen-über 2015
Peskow, Dmitrij	Pressesekretär des Präsidenten, Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration	11	13	9	2	-2
Schuwalow, Igor	Erster Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Wirtschafts- und Finanzpolitik	12	14	10	2	-2
Nabiullina, Elwira	Vorstandsvorsitzende der Zentralbank der Russischen Föderation	13	11	16	-2	3
Tschemesow, Sergej	Generaldirektor des staatlichen Rüstungs- und Technologiekonzerns »Rostech«	14	21	22	7	8
Bastrykin, Alexander	Vorsitzender des Strafermittlungskomitees der Russischen Föderation	15	17	13	2	-2
Kirill	Patriarch von Moskau und der ganzen Russischen Föderation	16	8	12	-8	-4
Patruschew, Nikolaj	Sekretär des Sicherheitsrates der Russländischen Föderation. Bis 2008 Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	17	16	20	-1	3
Solotow, Viktor	Armeegeneral, Oberbefehlshaber der Nationalgarde (seit April 2016)	18	15		-3	-18
Sobjanin, Sergej	Bürgermeister der Stadt Moskau	19	20	18	1	-1
Gref, German	Vorstandsvorsitzender der »Sberbank«, früherer Wirtschaftsminister	20	23	32	3	12
Gromow, Alexej	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration	21	19	17	-2	-4
Kowaltschuk, Jurij	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, Vorsitzender des Direktorenrats der »Bank Rossija«	22	26	30	4	8
Dworkowitsch, Arkadij	Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Wirtschafts- und Finanzfragen, gilt als liberaler Wirtschaftspolitiker	23	27	23	4	0
Miller, Alexej	Vorstandsvorsitzender des Energiekonzerns »Gazprom«	24	18	15	-6	-9
Rotenberg, Arkadij	Milliardär, Finanzier, langjähriger Judoka, Sportförderer	25	22	37	-3	12
Beloussow, Andrej	Assistent des Präsidenten, zuständig für Wirtschaftsfragen	26	34	36	8	10
Golodez, Olga	Stellvertretende Ministerpräsidentin, Gesundheits- und Sozialpolitik	27	30	24	3	-3
Rogosin, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für den Rüstungsbereich, Vertreter rechtsnationaler Positionen	28	31	14	3	-14
Tschajka, Jurij	Generalstaatsanwalt der Russländischen Föderation	29	29	28	0	-1
Matwijenko, Walentina	Vorsitzende des Föderationsrates	30	25	21	-5	-9
Golikowa, Tatjana	Vorsitzende des Rechnungshofes der Russischen Föderation	31	28	27	-3	-4
Timtschenko, Gennadij	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, früher Mitbesitzer der »Gunvor Group«	32	35	29	3	-3

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2017 im Vergleich zu den Vorjahren (Fortsetzung)

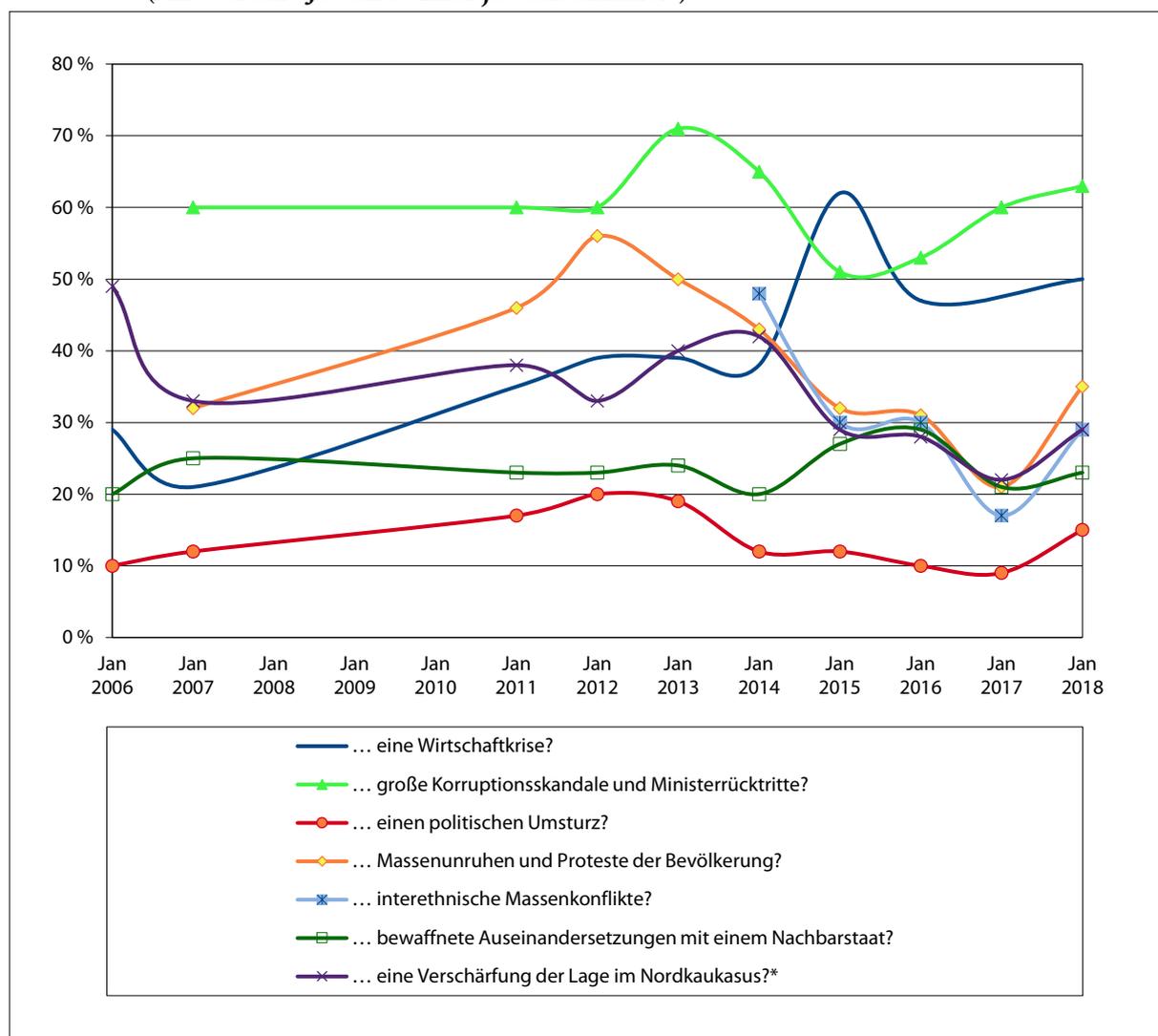
Name	Funktion	Position im Ranking			Aufstieg / Abstieg	
		2017	2016	2015	2017 gegenüber 2016	2017 gegenüber 2015
Kolokolzew, Wladimir	Innenminister	33	32	25	-1	-8
Kosak, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Sewastopol und die Krim. Gilt als eine der Schlüsselfiguren in der Umgebung Putins.	34	49	26	15	-8
Jarin, Andrej	Leiter der Abteilung für Innenpolitik in der Präsidentialadministration	35			neu	neu
Usmanow, Alischer	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär	36	38	38	2	2
Iwanow, Sergej	Sonderbeauftragter des Präsidenten für Naturschutz, Ökologie und Verkehr, Mitglied des Sicherheitsrats, ehemaliger Leiter der Präsidentialadministration. Galt als führender »Silowik«	37	6	3	-31	-34
Deripaska, Oleg	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, Generaldirektor von »Basowj Element«	38	44	35	6	-3
Prichodko, Sergej	Stellvertretender Ministerpräsident, Leiter des Regierungsapparats	39	33	31	-6	-8
Naryschkin, Sergej	Leiter des Auslandsnachrichtendienstes SWR, bis Herbst 2016 Vorsitzender der Staatsduma	40	24	19	-16	-21
Trutnew, Jurij	Stellvertretender Ministerpräsident, Bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten für den Föderalbezirk Fernost	41	41	43	0	2
Kostin, Andrej	Finanzmann, Vorstandsvorsitzender der staatlichen Außenhandelsbank VTB	42	64	39	22	-3
Chloponin, Alexander	Stellvertretender Ministerpräsident, Bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten im Föderalbezirk Nordkaukasus (seit 2010)	43	65	65	22	22
Newerow, Sergej	Stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma, Vorsitzender der Fraktion von »Einiges Russland«	44	40	45	-4	1
Abramowitsch, Roman	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär	45	43	34	-2	-11
Brytschowa, Larissa	Assistentin des Präsidenten, Leiterin der Abteilung für Staat und Recht in der Präsidentialverwaltung	46	42	47	-4	1
Artemjew, Igor	Leiter des Antimonopoldienstes	47	39	48	-8	1
Manturow, Denis	Minister für Industrie und Handel	48	57	70	9	22
Mutko, Witalij	Stellvertretender Ministerpräsident (zuständig für Sport, Tourismus und Jugendpolitik), Präsident des russischen Fußballverbandes (lässt dieses Amt seit dem 25.12.2017 ruhen)	49	67	85	18	36
Sjuganow, Gennadij	Vorsitzender der Kommunistischen Partei Russlands (KPRF), Vorsitzender der Dumafraktion	50	37	33	-13	-17

Quelle: Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2017 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 11. Januar 2018 <<http://www.ng.ru/ideas/2018-01-11/57148100polytics.html>, 11. Januar 2018>; Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2016 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 11. Januar 2017 <<http://www.ng.ru/ideas/2017-01-11/56899100politik.html>, 11. Januar 2017>; Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2015 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 13. Januar 2016 <<http://www.ng.ru/ideas/2016-01-13/9top100.html>, 13. Januar 2016>.

UMFRAGE

Die Erwartungen an das Jahr 2018

Grafik 3: Gibt es in Russland im kommenden Jahr möglicherweise ...
(Antworten »Ja« und »Eher ja« aufsummiert)



* 2005 lautete die Frage: »Ist im nächsten Jahr in Russland ein erneuter bewaffneter Konflikt im Kaukasus möglich?«

Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums 2005–2017, <<https://www.levada.ru/2017/12/21/ozhidaniya-v-2018-m-godu/>, 21. Dezember 2017>

Arsenij Roginskij 30. März 1946 – 18. Dezember 2017

Jens Siegert, Moskau

Arsenij Roginskij war ein Kind des Gulags. Buchstäblich. Er wurde am 30. März 1946 im Lagerkrankenhaus einer Strafkolonie in Welsk im Gebiet Archangelsk geboren. Seine Eltern hatten sich in der Verbannung im Norden kennen gelernt. Sein Vater, ein Ingenieur aus Leningrad war 1938 und dann wieder 1951 zu Lagerhaft verurteilt worden. 1956 starb der Vater im Lager und Arsenij Roginskij kehrte mit seiner Mutter zusammen nach Leningrad zurück.

Als Sohn eines Gulaghäftlings und als Jude war es ihm Anfang der 1960er Jahre nicht möglich, in Leningrad einen Studienplatz zu bekommen. Daher bewarb er sich an der historisch-philologischen Fakultät der Universität Tartu. Dort, im Umkreis des Semiotikers Jurij Lotman, fanden viele junge Menschen einen Studienplatz, die aus politischen Gründen anderswo abgelehnt worden waren.

Nach dem Studium kehrte Arsenij Roginskij nach Leningrad zurück. Dort arbeitete er bis zum Ende der 1970er Jahre als Bibliograph und Lehrer für russische Sprache und Literatur an einer Abendschule. Sein Hauptinteresse galt aber schon damals der sowjetischen Repressionsgeschichte, am Anfang der Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Arsenij Roginskij hatte erfahren, dass einer der Gründer eines »Sozialdemokratischen Jugendzentrums«, Mark Lewin, nach mehr als 30 Jahren Lagerhaft und Verbannung in seine Geburtsstadt Leningrad zurück gekehrt war. Lewin wurde sein politischer Ziehvater. Arsenij Roginskij bekam durch ihn Kontakt zu vielen politisch Verfolgten der Stalinzeit und begann, was er sein ganzes Leben nicht mehr lassen sollte: das Sammeln von Informationen über politische Verfolgung in der Sowjetunion.

Ab 1975 veröffentlichte Arsenij Roginskij Ergebnisse seiner Arbeit im Samisdat-Sammelband »Pamjat«, dessen Herausgeber er faktisch wurde. Wie bei vielen anderen Dissidenten jener Zeit, ließ die Aufmerksamkeit des KGB nicht auf sich warten. 1979 wurde Roginskij Wohnung in Leningrad durchsucht. Eine deutliche Warnung. Im Frühjahr 1981 dann bedeutete ihm der Geheimdienst, dass es besser sein könne, das Land zu verlassen. Arsenij Roginskij entschied sich, nicht zu emigrieren (was ein Verlassen des Landes unweigerlich bedeutet hätte, wie viele andere Beispiele deutlich zeigten). Daraufhin wurde er verhaftet und wegen angeblicher »Dokumentenfälschung« zu vier Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt. Seine letzten Worte vor Gericht, ein, ich fürchte dieses große Wort nicht, Neugründungsmanifest einer wissenschaftlichen Ansprü-

chen genügenden sowjetischen (oder wohl besser: russischen) Geschichtsschreibung, wurde kurze Zeit später in der in Paris erscheinenden Zeitung »Russkaja Mysl« unter der Überschrift »Die Lage des Historikers in der Sowjetunion« veröffentlicht.

Die Lagererfahrung veränderte Roginskij Leben zwar nicht grundsätzlich, blieb aber ein wichtiges, um nicht zu sagen fundamentales Erlebnis, das ihn eng mit dem verband, was man das »echte Leben« in Russland nennen könnte. Sie entthob ihn der Versuchung, sich in dem einzurichten, was in Russland unübersetzbar »Intelligenzija« genannt wird. Roginskij selbst berichtete später darüber so: »Ich wusste mehr als alle anderen über den Gulag, als ich verhaftet wurde. Aber als ich in die Zelle kam, merkte ich, dass ich überhaupt nichts weiß. (...) Das Verhalten den Wächtern und der Gefängnisverwaltung gegenüber ist das Einfachste. (...) Aber ich habe mich in einer riesigen Verbrecherwelt wieder gefunden mit dem Namen Russland.« Und weiter: Solschenizyn und Schalamow, die er vor seiner Haft natürlich gelesene hatte, hätten den Gulag zwar in all seiner Schrecklichkeit beschrieben. Aber das habe nicht darauf vorbereitet zu wissen, »wie man zu stehen, zu sitzen, zu sprechen hat«.

Im Unterschied zu den meisten anderen Dissidenten war Arsenij Roginskij nicht aufgrund eines »politischen« Paragraphen verurteilt worden. Entsprechend wurde er auch nicht zusammen mit anderen Dissidenten in Lagern gehalten, sondern war in der von ihm so bezeichneten »Verbrecherwelt« auf sich selbst gestellt. Als »schwieriger« Gefangener, der sich nicht nur für seine Rechte, sondern auch für die Rechte von Mitgefangenen einsetzte, wurde er mehrfach verlegt. Fünf Lager in vier Jahren waren die Folge.

Während der Zeit im Lager starben Breschnjew, Andropow und Tschernjenko. Als Arsenij Roginskij im Sommer 1985 entlassen wurde, war bereits Michail Gorbatschow KPdSU-Generalsekretär. Erneut in Freiheit (eine übliche Phrase, die aber in diesem Fall nicht wirklich zutrifft) setzt er seine Arbeit dort fort, wo er sie hatte unterbrechen müssen. Die Zeiten änderten sich schnell. Nach dem Tod Anatolij Martschenkos am 8. Dezember 1986 nach 117 Tagen Hungerstreik für die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Sowjetunion im Gefängnis der Kleinstadt Tschistopol in Tatarstan, beginnt genau das, was Martschenko gefordert hatte.

An der Gründung Memorials im Januar 1989 war Arsenij Roginskij bereits führend beteiligt, auch wenn er mehr im Hintergrund agierte. In den frühen 1990er

Jahren, in denen vor allem der 1990 relativ frei gewählte Oberste Sowjet eine große Rolle spielte, beschäftigt er sich vor allem mit zwei Dingen: der Verabschiedung einer Gefängnisreform und eines Gesetzes zur Rehabilitierung politisch Verfolgter. Bei der Formulierung beider Gesetze spielte er nach Aussage anderer Beteiligter, als, wie man heute so sagt, »Experte« (der er ja tatsächlich sogar in einem emphatischen Sinne war) eine führende Rolle.

Die Gefängnisreform führte auch dazu, dass ich Arsenij Roginskij kennenlernte. Seltsam ist, dass ich mich nicht genau daran erinnern kann. Das war 1991 in Köln in der Heinrich Böll Stiftung. Arsenij Roginskij war, zusammen mit Jelena Schemkowa und Oleg Orlow auf Einladung der Stiftung nach Deutschland gekommen, um auf einer »Gefängnistour« durch Nordrhein-Westfälische Strafanstalten den deutschen Strafvollzug kennenzulernen. Ich war ein beginnender Journalist, Anfang 30, Freund der Heinrich Böll Stiftung und machte eine Radioreportage über die sogenannten »Ostarbeiter«. Das Interview dazu gab mir Jelena Schemkowa. An Arsenij Roginskij kann ich mich nicht erinnern. Das ist komisch. Denn er muss auch damals bereits der Kopf des Ganzen gewesen sein.

Andererseits passt das aber auch. Denn einer der ersten Dinge, die mir an Arsenij Roginskij aufgefallen sind, später dann schon in Moskau bei Memorial, ist, dass er gern im Hintergrund blieb. Arsenij Roginskij führte nach innen und nach außen vor allem durch Autorität, Wissen und Geschick. Dieser Führungsstil scheint mir aus tiefer Erfahrung zu kommen. Aus der Erfahrung der Dissidentenzeit ebenso wie aus der existenziellen Erfahrung im Lager. Dieser Stil (wenn man das überhaupt »Stil« nennen kann) hatte bei Roginskij aber nicht nur praktische Gründe. Er entsprang auch einer tiefen demokratischen Überzeugung und Respekt vor jedem einzelnen Menschen.

Soweit ich das verstehe, ist auch die heutige, demokratische innere Struktur von Memorial ein Produkt dieser durch und durch demokratischen Haltung Arsenijs (wie selbstverständlich auch vieler anderer Freundinnen und Freunde dort). Sie macht Memorial, neben der unermüdlichen und professionellen inhaltlichen Arbeit gleichzeitig beweglich und stabil. Besser noch: Diese innere Lebendigkeit und mitunter auch Widersprüchlichkeit ist eine der wichtigsten Bedingungen der Stabilität von Memorial.

Die Arbeit bei und mit Memorial als Nichtregierungsorganisation spielt hier auch eine große Rolle. Spätestens ab 1993 mit der von Präsident Jelzin befohlenen Beschießung des Parlaments in Moskau und dem im Dezember 1994 beginnenden Tschetschenienkrieg, waren die Flitterwochen zwischen den neuen NGOs

und dem (ebenfalls neuen) russischen Staat schon wieder vorbei. Es folgte, was ich die zweite und dritte Politisierung von Arsenij Roginskij nennen möchte (wobei damit nicht in Abrede gestellt, sondern eher unterstrichen werden soll, dass er fraglos bereits vorher ein höchst politischer und strategischer Denker und vor allem Akteur gewesen ist).

Die, ich bleibe bei dieser Formulierung, »zweite Politisierung« hing eng mit der bereits erwähnten Entfremdung von der Jelzin-Präsidentschaft zusammen. Sie hatte drei Etappen: die Parlamentsbeschießung, den Tschetschenienkrieg und die Präsidentenwahlen 1996. In all diesen Fällen fand sich Arsenij Roginskij in scharfer Opposition zum nun formal demokratischen russischen Staat wieder. In allen drei Fällen stellte sich die Frage nach dem Verhältnis von ethischer Integrität und politischer Opportunität. Das Politische in Roginskij drückte sich auch darin aus, dass er (und nicht zuletzt unter seinem Einfluss auch Memorial) in allen drei Fällen unterschiedliche Antworten gab: Im ersten Fall eine Verteilung der Methoden (Beschießung, Bürgerkrieg in Moskau) des Staates bei gleichzeitiger Kritik der Parlamentsputschisten. Im Tschetschenienkrieg harte und grundsätzliche Kritik des Staates. Bei den Präsidentenwahlen ein schwieriges Abwägen des Für und Wider und ein Aufruf für Boris Jelzin zu stimmen, um eine Wiederkehr der Kommunisten an die Macht zu verhindern. Immer aber, und das ist wesentlich, war es für Arsenij Roginskij außerordentlich wichtig, die eigene Position und den Weg zu ihr öffentlich zu diskutieren und zu erklären.

Ich habe schon in diesen 1990er Jahren viele NGO-Leute in Russland, darunter auch Arsenij Roginskij, damit genervt, dass sie »politische Arbeit« machen würden. Das wurde immer heftig abgewehrt. »Politische Arbeit« galt in NGO-Kreisen als dreckig, unmoralisch und gefährlich. Das änderte sich zum Ende des Jahrzehnts als die Politik die NGOs einholte. Unter dem neuen Präsidenten Putin wurden NGOs schnell zu einer der Gruppen, die sich dem Staat unterzuordnen haben, wollten sie keinen Ärger bekommen. Die bisherige »Politikferne« der NGOs war nun naiv und sogar gefährlich geworden.

Arsenij Roginskij erkannte das als einer der ersten. Zusammen mit anderen begann er rasch die Verteidigung der russischen NGOs zu organisieren – und zwar praktisch ebenso wie symbolisch, also wieder politisch. Erster wichtiger symbolischer Ausdruck dieser Veränderungen war die im Herbst 2000 verabschiedete, öffentlich nicht sehr bekannte sogenannte »Woskresensker Konvention«. In diesem von zahlreichen Partnerorganisationen der Heinrich Böll Stiftung und Einzelpersonen unterschriebenen Papier versicherten sich, soweit ich

weiß erstmals in Russland, NGOs aus unterschiedlichen inhaltlichen Bereichen, Ökologen und Menschenrechtler, Frauengruppen und Verbraucherschützer ausdrücklich und öffentlich Solidarität gegen mögliche staatliche Angriffe. Die Idee zu diesem demonstrativen Akt von Solidarität stammte von Arsenij Roginskij. Sie ist ein anschauliches Beispiel in welchen praktischen Kategorien er dachte und welchen Stellenwert er dem Aufbau von horizontalen Strukturen und Vertrauen gab.

Wichtigster praktischer Ausdruck dieser (für Russland) neuen NGO-Solidarität war die etwa zeitgleich gegründete »Narodnaja Assambleja«, ein Runder Tisch bekannter russischer NGO-Leute. Der Kreml erkannte die Narodnaja Assambleja sehr schnell de facto als Verhandlungspartnerin in zivilgesellschaftlichen Angelegenheiten an. Die persönliche Autorität von Arsenij Roginskij wie einiger weniger andere Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Narodnaja Assambleja spielten dabei eine entscheidende Rolle. Auf diese Weise wurden in Russland, mit Roginskij's führender Hilfe, einerseits NGOs de facto als politische Subjekte etabliert und sich andererseits dieser Rolle auch selbst gewahr.

Doch all das war ihm wichtig, wenn auch eher Beiwerk. Eine kleine Dankesrede nach Gratulationen und Geschenken zu seinem 70. Geburtstag am 30. März

2016 begann er mit dem Bekenntnis, sein Leben teile sich in zwei Stücke, allerlei Kleinigkeiten wie die Dissidentenzeit, das Lager, verschiedene Artikel und Veröffentlichungen und wissenschaftliche Arbeit einerseits und einer großen, wirklich wichtigen Sache, nämlich Memorial. Es ist nicht zuletzt seine persönliche Autorität und Integrität (vom Ideenreichtum und der ideologischen Unterfütterung der Arbeit von Memorial nicht zu reden), die Memorial in der russischen Gesellschaft zu *der* Instanz in Fragen der totalitären Vergangenheit Russlands gemacht hat. Selbst der russische Staat rechnete damit und hat damit zu rechnen. Ohne Memorials, eher wohl noch ohne Arsenij Roginskij's persönlichen Segen haftet Initiativen auf diesem Gebiet der Ruch des Unechten an. Ob sich das nach seinem Tod ändert, werden wir sehen.

Neben seinem unzweifelhaften Wissen und seiner scharfen Intelligenz lag der weitreichende Einfluss von Arsenij Roginskij vielleicht noch an einer anderen, durchaus raren Eigenschaft, seiner großen Integrität. Denn das ist wohl mit das Schwierigste heute in Russland: Ich kennen viele Menschen, die Arsenij Roginskij nicht mochten, ihn als Gegner, ja vielleicht gar als Feind betrachteten. Aber niemand bezweifelte seine Aufrichtigkeit.

15. Dezember 2017 – 14. Januar 2018

15.12.2017	Der russische Inlandsgeheimdienst FSB nimmt in sieben mutmaßliche Mitglieder der Terrororganisation »Islamischer Staat« fest. Sie sollen einen Anschlag auf die Kasaner Kathedrale in St. Petersburg geplant haben.
17.12.2017	Der russische Präsident Wladimir Putin dankt seinem US-amerikanischen Amtskollegen Donald Trump für Informationen der US-Geheimdienste, die bei der Aufdeckung von Anschlagplänen in St. Petersburg geholfen haben sollen.
18.12.2017	Das Außenministerium der Republik Moldau zieht seinen Botschafter Andrei Neguța für unbestimmte Zeit aus Russland ab. Als Grund wird eine zunehmende Verfolgung und Einschüchterung von Politikern und offiziellen Vertretern aus Moldau durch russische Behörden genannt. Der moldauische Präsident Igor Dodon bezeichnet die Entscheidung als »Provokation der pro-europäischen Regierung« Moldaus.
18.12.2017	Im Alter von 71 Jahren stirbt der Historiker und Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation »Memorial International«, Arsenij Roginskij. Er hat die Arbeit der Organisation zur Aufarbeitung des Stalinismus und zum Gedenken an dessen Opfer entscheidend mitgeprägt.
20.12.2017	Die USA verhängen Sanktionen gegen das Oberhaupt der Republik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow. Kadyrow sei für außergerichtliche Hinrichtungen, Folter und andere schwerwiegende Verstöße gegen Menschenrechte verantwortlich, heißt es in einer Mitteilung des US-Finanzministeriums.
22.12.2017	Das Zentralkomitee der »Kommunistischen Partei der Russischen Föderation« (KPRF) ernennt den Agrarunternehmer Pawel Grudinin zu ihrem Präsidentschaftskandidaten. Der parteilose Grudinin war bis 2010 Mitglied von »Einiges Russland« und ist seit 1997 Direktor der Lenin-Sowchose im Moskauer Gebiet.
22.12.2017	Die Partei »Jabloko« nominiert Grigorij Jawlinskij als Kandidaten bei den russischen Präsidentschaftswahlen im März 2018. Jawlinskij wird damit zum vierten Mal bei Präsidentschaftswahlen antreten.
24.12.2017	Alexej Nawalnyj wird in Moskau von einer Initiativgruppe als Präsidentschaftskandidat gekürt. Die Zentrale Wahlkommission hatte zuvor jedoch mehrfach betont, dass Nawalnyj aufgrund einer Vorstrafe nicht zu den Wahlen zugelassen werde.
24.12.2017	Die Partei »Gerechtes Russland« teilt mit, bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen keinen eigenen Kandidaten aufstellen zu wollen. Stattdessen werde man die Kandidatur Wladimir Putins unterstützen, so der Parteivorsitzende Sergej Mironow.
24.12.2017	Das Oberhaupt der Republik Tschetschenien Ramsan Kadyrow teilt mit, dass Väterchen Frost erstmals in Tschetschenien erschienen sei und ihn zum Helfer für die gute Sache ernannt habe.
25.12.2017	Der Gouverneur des Gebiets Woronesch, Alexej Gordejew, wird auf eigenen Wunsch von seinem Amt entbunden. Zum kommissarischen Nachfolger wird Aleksandr Gusew ernannt. Gordejew wird zum Vertreter des Präsidenten im Zentralen Föderalbezirk ernannt. Auch im Föderationskreis Nordwest wird mit Alexander Beglow ein neuer Vertreter des Präsidenten bestimmt.
25.12.2017	Beim Unfall eines Linienbusses in Moskau sterben vier Menschen, bis zu 15 Personen werden verletzt. Der Bus war in eine Fußgängerunterführung gefahren.
25.12.2017	Die Zentrale Wahlkommission verweigert Alexej Nawalnyj die Zulassung zu den Präsidentschaftswahlen 2018, da ihm das passive Wahlrecht fehle.
25.12.2017	Im Zusammenhang mit der Doping-Krise im russischen Sport lässt der russische Vizepremier Witalij Mutko sein Amt als Präsident des Russischen Fußballverbands für ein halbes Jahr ruhen.
26.12.2017	Eine Initiativgruppe von Wahlunterstützern nominiert Wladimir Putin als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im März 2018.
26.12.2017	Mit 92 Jahren stirbt der russische Komponist Wladimir Schainskij in den USA. Seit 1969 hatte Schainskij mit seinen Kinderliedern für sowjetische Trickfilme Bekanntheit im In- und Ausland erlangt. Er schrieb u. a. das Lied des Krokodils Gena.

27.12.2017	Vizepremier Witalij Mutko legt sein Amt als Vorsitzender des Organisationskomitees der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 nieder. Er wird allerdings weiter an der Vorbereitung des Turniers beteiligt sein.
27.12.2017	Bei einer Explosion in einem St. Petersburger Supermarkt werden 13 Menschen verletzt. Russlands Präsident Wladimir Putin stuft dies einen Tag später als Terroranschlag ein.
29.12.2017	Zum 1. Januar 2018 steigt der Mindestlohn in Russland auf 9.489 Rubel und wird damit an das offizielle Existenzminimum angeglichen. Ein entsprechendes Gesetz wird von Präsident Wladimir Putin unterzeichnet.
29.12.2017	Ein Moskauer Gericht verurteilt den Finanzinvestor Bill Browder in Abwesenheit zu neun Jahren Haft. Browder sei des vorsätzlichen Bankrotts und der Steuerhinterziehung schuldig. Der Manager war Mandant des Steueranwalts Sergej Magnitskij. Dieser hatte eine Steuerbetrugsaffäre aufgedeckt, war daraufhin aber selbst verhaftet worden und 2009 in einem Moskauer Gefängnis unter ungeklärten Umständen. Browder hatte intensiv versucht, eine Aufklärung von Magnitskijs Tod zu erreichen.
29.12.2017	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz über eine Steueramnestie. Sie betrifft geschuldete Vermögensteuern natürlicher Personen, die bis 1. 1. 2015 aufgelaufen waren, sowie die Steuerschulden von Einzelunternehmern mit Stand vom 1.1. 2015.
30.12.2017	Der russische Inlandsgeheimdienst FSB nimmt den mutmaßlichen Täter des Bombenattentats in einem St. Petersburger Supermarkt fest. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Interfax handelt es sich um einen russischen Staatsbürger mit nationalistischen Ansichten.
30.12.2017	Wegen anonymer Bombendrohungen werden die Flughäfen in Nischnij Nowgorod und Krasnojarsk evakuiert. Auch Einkaufszentren in Nischnij Nowgorod, Woronesch, Rostow am Don und Wolgograd müssen deshalb geräumt werden.
02.01.2018	Die Zentrale Wahlkommission erlaubt drei weiteren Kandidaten für das Präsidentenamt, mit ihrem Wahlkampf zu beginnen. Das Registrierungsverfahren endet am 12.01. für Parteikandidaten und bereits am 07.01. für parteilose Kandidaten. Zurzeit gibt es 64 Kandidaten – 43 davon sind parteilos.
03.01.2018	Das Verteidigungsministerium meldet, dass am 31.12. ein russischer Militärhubschrauber vom Typ Mi-24 in Syrien abgestürzt sei. Bei dem Unglück starben beide Piloten, ein drittes Besatzungsmitglied wurde gerettet. Als Ursache wird ein technischer Defekt angegeben. Einen Beschuss vom Boden habe es nicht gegeben.
03.01.2018	Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj legt Beschwerde beim Obersten Gerichtshof ein, nachdem dieser am 30.12.2017 die Entscheidung der Zentralen Wahlkommission, ihn nicht zu den Präsidentschaftswahlen im März zuzulassen, gebilligt hat.
03.01.2018	Lettland verweist den Reporter des staatlichen Fernsehkanals TWZ, Anatolij Kurlajew, außer Landes. Eine offizielle Begründung erfolgt nicht. Kurlajew wurde auf einer Privatreise von den lettischen Behörden festgenommen. Er selbst erklärt sich die Ausweisung mit seiner Arbeit an dem Film »NATO u worot« (dt. »Die NATO vor dem Tor«) im Jahr 2015.
04.01.2018	Das Verteidigungsministerium meldet, dass am 31.12.2017 auf dem russischen Luftwaffenstützpunkt Hmeimim in Syrien zwei russische Soldaten durch Beschuss ums Leben gekommen seien. Über das Ausmaß des Angriffs gibt es unterschiedliche Angaben. Die unabhängige Tageszeitung »Kommersant« berichtet beispielsweise, dass bei dem Angriff auch sieben russische Flugzeuge zerstört wurden. Dies wies das Ministerium zurück.
04.01.2018	Wladimir Putin hebt per Präsidialdekret die Reisebeschränkungen für Ägypten auf.
04.01.2018	Vizepremierminister Witalij Mutko legt offiziell sein Amt als Leiter des Organisationskomitees der WM 2018 nieder. Er hatte am 25.12.2017 seinen Rücktritt erklärt. Vorausgegangen war die Entscheidung des IOC, russische Athleten von den Olympischen Winterspielen 2018 auszuschließen, die auch mit einer lebenslangen Sperre Mutkos verbunden ist. Sein Nachfolger wird Alexander Sorokin. Er ist gleichzeitig Generalsekretär des WM-Organisationskomitees.

05.01.2018	Heute beginnt die landesweite Sammlung von Unterschriften für die Nominierung Wladimir Putins als Präsidentschaftskandidat für die Wahl im März. Wladimir Putin hatte am 06.12.2017 seine Kandidatur erklärt. Da er als parteiloser Kandidat ins Rennen geht, muss er für die Zulassung zur Wahl bis zum 31.01. 300.000 Unterschriften aus mindestens 40 Regionen sammeln.
05.01.2018	Maria Sacharowa, Sprecherin des Außenministeriums der Russischen Föderation, fordert Arlem Desiu, den OSZE-Beauftragten für Pressefreiheit, auf, zur Ausweisung russischer Journalisten aus Lettland Stellung zu beziehen. Am 03.01. war Anatolij Kurlajew, Reporter des staatlichen Fernsehkanals TŴZ, ohne Angabe von Gründen außer Landes verwiesen worden.
06.01.2018	Das russische Verteidigungsministerium meldet, dass es in der Nacht vom 05. auf den 06.01. zu weiteren Angriffen auf den russischen Luftwaffenstützpunkt Hmeimim und den Marinesstützpunkt Tartus in Syrien gekommen sei. Der Angriff sei mit zehn mit Sprengstoff bestückten Drohnen ausgeführt worden, sieben davon wären abgeschossen worden. Wer Urheber dieser Angriffe ist, bleibt zunächst ungeklärt.
06.01.2018	Am Moskauer Flughafen Domodedowo geht erneut eine Bombendrohung ein. Diese bestätigte sich nach Ermittlungen des Katastrophenschutzes nicht. Am 31.12.2017 hatte Präsident Wladimir Putin ein Gesetz unterzeichnet, das Haftstrafen von bis zu zehn Jahren für »Telefonterrorismus« vorsieht.
06.01.2018	Der Oberste Gerichtshof weist die Beschwerde des Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj zurück und bestätigt damit nochmals die Entscheidung der Zentralen Wahlkommission als rechtmäßig, ihn wegen einer Bewährungsstrafe nicht als Präsidentschaftskandidaten zuzulassen. Das umstrittene Urteil war im Februar 2017 im sogenannten Kirowles-Prozess gefallen. Nawalnyj und seinem jüngeren Bruder Oleg wurde darin Veruntreuung vorgeworfen. Nawalnyjs Wahlkampfstab kündigt unterdessen an, Beschwerde beim Verfassungsgericht der Russischen Föderation einzulegen.
08.01.2018	US-Sicherheitsberater Herbert McMaster weist auf frühe Anzeichen einer Einmischung Russlands in die im Juli stattfindenden mexikanischen Präsidentschaftswahlen hin. In den USA läuft derzeit eine Untersuchung wegen einer angeblichen Einmischung Russlands in den Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2016.
08.01.2018	Im Handelsstreit zwischen Russland und der EU will das Wirtschaftsministerium der Russischen Föderation nun das Schiedsgericht der WTO anrufen. Grund für den Streit ist eine Forderung der EU an Russland, rund 1,4 Milliarden Euro Schadensersatz zu zahlen. Russland hatte im Januar 2014 einen Importstopp für Schweine aus Polen und Litauen ausgerufen und dies mit dem Ausbruch der Schweinepest begründet. Als Reaktion auf die von der EU aufgrund der Angliederung der Krim im März 2014 verhängten Sanktionen blieb dieses Importverbot jedoch bestehen und wurde auf die gesamte EU ausgeweitet. 2016 hatte die WTO dies als illegal eingestuft.
08.01.2018	Die britische Marine fängt mehrere russische Kriegsschiffe vor der britischen Küste im Ärmelkanal ab und begleitet sie in französische Gewässer. Die verstärkte Präsenz russischer Schiffe in britischen Hoheitsgewässern sei vermutlich eine Folge des Abzugs aus dem russischen Marinesstützpunkt in Syrien, so die deutsche Tageszeitung »Die Welt«.
09.01.2018	Die staatliche Agraraufsichtsbehörde Rosselchhosnadsor gibt bekannt, dass seit dem Inkrafttreten der Einfuhrverbote für westliche Lebensmittel im August 2015 19.000 Tonnen illegal eingeführter Lebensmittel vernichtet wurden. Das Einfuhrverbot geht auf einen Präsidentenerlass als Reaktion auf die westlichen Sanktionen gegen Russland aufgrund der Angliederung der Krim zurück. Zuletzt hatte Präsident Wladimir Putin das Embargo bis Ende 2018 verlängert. Es ist auch Auslöser für den Handelsstreit zwischen Russland und der EU, der derzeit vor der WTO ausgetragen wird.
09.01.2018	In Grosny wird der Leiter des Regionalbüros der Menschenrechtsorganisation »Memorial«, Ojub Titijew, festgenommen. Er verbleibt unter dem Vorwurf des Drogenbesitzes in Haft.

10.01.2018	Ein Moskauer Schiedsgericht weist die Klage der russischen Siemens-Tochtergesellschaft »Siemens Gasturbinen-Technologie« auf Rückgabe der von ihnen laut Vertrag für eine Nutzung auf der süd-russischen Halbinsel Taman gelieferten Turbinen ab. »Siemens Gasturbinen-Technologie« hatte die Firma »Technopromexport« auf rechtswidrigen Besitz der Turbinen verklagt, nachdem die gelieferten Turbinen im Juli 2017 auf der Krim aufgetaucht waren und damit gegen das seit 2015 bestehende Embargo verstießen.
11.01.2018	Das staatliche Umfrageinstitut WZIOM meldet, dass die Zufriedenheitswerte mit Präsident Wladimir Putin im Dezember im Schnitt bei 83,6 Prozent lagen. Das sogenannte »Präsidentenrating« wird regelmäßig in repräsentativen Meinungsumfragen anhand der Frage »Stimmen Sie der Tätigkeit von XY als Präsident der Russischen Föderation zu?« gemessen.
12.01.2018	Ojub Titijew, Leiter des Regionalbüros der Menschenrechtsorganisation »Memorial« in Grosny, legt Berufung gegen seine Untersuchungshaft ein. Er war am 09.01. festgenommen worden.
14.01.2018	Die Familie des in Tschetschenien inhaftierten Leiters des dortigen Regionalbüro der Menschenrechtsorganisation »Memorial«, Ojub Titjew, verlässt aus Sicherheitsgründen die Republik. Dies teilt der Anwalt der Familie, Pjotr Saikin, mit.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Heiko Pleines (verantwortlich) und Anastasia Stoll
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Göbel
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
 ISSN 1613-3390 © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>
Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>